

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Seidenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30.-A.

Inhalt: Aus Feindesland. — Das Wesen des amerikanischen Trades Unionism. — Politische Unionism. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mängelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Aus Feindesland.

Am 21. Oktober hielt der „Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung ab.

Nach einem Bericht, den wir in Unternehmerblättern finden, hatten sich rund 200 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands eingefunden; aber auch das Ausland war vertreten. Die Bauarbeitgeberverbände der Schweiz hatten einen Abgeordneten und die Ungarn einen solchen und ihren Generalsekretär zur Teilnahme an den Verhandlungen entsandt. Gegenstand der Beratungen und letztere selbst, sowie die gefassten Beschlüsse entziehen sich vorläufig noch der Öffentlichkeit. Die Verhandlungen wurden von vornherein als streng vertraulich bezeichnet; es wurden in den Saal nur solche Vertreter zugelassen, die mit Legitimationskarten versehen waren. Vertreter der Presse waren gänzlich ausgeschlossen. Einweilen soll von dieser Versammlung laut einstimmig gefassten Beschlusses, nur soweit der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, daß die „Vertreter des gesamten deutschen Baugewerbes“ einmütig der Ansicht waren, daß der zehnstündige Arbeitstag der gegebene Normalarbeitstag des Baugewerbes sei, und daß einer Verkürzung unter zehn Stunden, soweit eine solche nicht schon bis jetzt unter dem Druck der Verhältnisse bewilligt worden sei, mit aller Energie entgegengearbeitet werden müsse, und daß weiter der 1. Mai als Feiertag keinesfalls freigegeben werden dürfe. Auch sprach man sich von allen Seiten dahin aus, daß eine allgemeine Lohnerhöhung für das kommende Jahr durchaus nicht angezeigt sei, weil die Konjunktur im allgemeinen und im Baugewerbe im besonderen ungünstig und eine rege Bautätigkeit nirgend zu erwarten sei. Die Verhandlungen gaben — das glauben die Unternehmerblätter mit größter Befriedigung feststellen zu können — „ein erhebendes Bild von größter Einmütigkeit in allen grundsätzlichen Fragen unter sämtlichen Baugewerbetreibenden Deutschlands aus Süd und Nord, aus Ost und West und legten Zeugnis ab von dem rapiden Wachstum der Bauarbeitgeber-Organisation innerhalb des letztverfloffenen Jahres.“

So dürftig der Bericht ist, so bedeutsam ist er; nämlich bedeutsam für die Stellungnahme der Unternehmer zu den Lohnbewegungen des nächsten Jahres. Die Unternehmer stellen sich heute auf den Standpunkt, daß Lohnerhöhungen im nächsten Jahre „nicht angezeigt“ seien, weil sie heute schon wissen, daß eine „rege Bautätigkeit nirgend (!) zu erwarten sei.“ In Wirklichkeit wissen sie das natürlich ebenfalls, wie wir es wissen. Glücklicherweise sind jene Zeiten vorüber, wo das Diktum der Unternehmer Lohn und Arbeitszeit festsetzte. Die Herren werden schon auf der großen Waise der bangewerblichen Arbeiter gestatten müssen, ein Wort mitzureden, wenn es sich um Dinge handelt, die die Arbeiter zunächst angehen.

Über glauben jene Herren etwa, daß sich die Bauarbeiter das Recht, an der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in bestimmender Weise mitzuwirken, von einem Haufen Unternehmensekretäre wird aus der Hand winden lassen? Ein Recht, das sie sich tausend- und abertausendmal schwer erkämpft hat!

In dieser Meinungsäußerung der „Mündlichen“ wird ohne Zweifel überraschen, daß sie jetzt plötzlich die zehnstündige Arbeitszeit als den „gegebenen Normalarbeitstag“ ansehen. Wäre es den Leuten wirklich ernst damit, dann müßten sie schleunigst an die Verkürzung der Arbeitszeit gehen. Denn im Jahre 1905 arbeiteten noch 59630 Maurer länger als zehn Stunden täglich. Rechnet man dazu die in diesen rüchständigen Orten arbeitenden Bauhilfsarbeiter und sonstigen Arbeiter des Baugewerbes, so kann man ohne Uebertreibung sagen, daß in jenem Jahre für wenigstens 100 000 baugewerbliche Arbeiter der „gegebene Normalarbeitstag“ von zehn Stunden noch nicht bestand. Und wenn ihre Zahl auch in den letzten beiden Jahren merkbar zurückgegangen sein wird, so wird sie trotzdem noch groß genug sein. Wenn die Unternehmer also wirklich der zehnstündigen Ueberzeugung sind, daß eine längere als zehnstündige Arbeitszeit anormal ist, um wieviel! dann mögen sie ihren Einfluß dafür ausbieten, daß dieser abnorme Zustand verschwindet; dann mögen sie mit uns vereint dahin wirken, daß im nächsten Jahre überall dort, wo noch länger als zehn Stunden gearbeitet wird, die Arbeitszeit auf zehn Stunden verkürzt wird. Das gäbe dann einmal ein schönes Beispiel harmonischen Zusammenwirkens zwischen Unternehmerorganisation und Gewerkschaft.

Wir allerdings sind keineswegs der Auffassung, daß der „gegebene Normalarbeitstag“ im Baugewerbe zehn Stunden betragen muß; wir sind vielmehr aus vielen und triftigen Gründen der Meinung, daß die normale Grenze der Arbeitszeit noch ein tüchtiges Stück unter zehn Stunden liegt. Und diese Meinung werden wir nach wie vor mit allem Nachdruck vertreten. Daran kann auch diese Generalversammlung der Unternehmer nichts ändern. Nie haben wir außer acht gelassen, daß wir bei diesem Streben stets den Widerstand der Unternehmer zu überwinden haben, und darum kann uns auch diese Generalversammlung nichts wesentlich Neues sagen; sie kann uns nur erkennen lassen, wie groß der Widerstand der Unternehmer ist, den sie unseren Bestrebungen entgegenzusetzen werden. Und darin wissen wir nun genug: der Widerstand wird ziemlich stark werden.

Für die Kollegen in den für die Lohnbewegungen des nächsten Jahres in Betracht kommenden Gebieten mag dies eine bedeutsame Mahnung sein, die Agitation so rechtzeitig und so energisch zu betreiben, daß nichts mehr zu tun übrig bleibt.

Das Wesen des amerikanischen Trades Unionism.

III.

Der Vorstand der „B. & M. U.“ besteht aus einem ersten Präsidenten, vier Vizepräsidenten, einem Sekretär und einem Zahlmeister (Treasurer), ferner einem Ausschuss (Executive Board) und der Beschwerdekommision (Judicial Board).

Die Wahlen vollzieht der Verbandstag (Convention). Besolbet sind der erste Vorsitzende und der Sekretär mit je 2000 Dollars und der zweite Vorsitzende und der Zahlmeister mit je 1500 Dollars jährlich. Als Verbandstag erscheint allmonatlich in englischer Sprache „The Bricklayer and Mason“ im Format einer großen Zeitschrift. Sie enthält einen technischen Teil, wo von einem Architekten an der Hand von Zeichnungen Baukonstruktionen erläutert werden, Berichte, und im Anhang Auszüge aus dem Inhalt in französischer, italienischer und deutscher Sprache; daneben in jeder Nummer eine Reihe von Konten von hervorragenden „Union-Leaders“ und andere Abhandlungen. Obgleich Fragen der Politik und Religion durch das Statut aus der Union verbannt sind, vermischt es doch nichts, daß hin und wieder auch ein Geistlicher seinen biblischen Galimatias im Verbandsorgan abläßt. Uns weiter darüber, wie über die dem Vorstande zustehende Rechte, Pflichten und Machtbefugnisse — die nicht gering sind — auszulassen, hiesse sich zu sehr ins Einzelne verlieren; von den 78 Druckseiten des Verbandsstatuts handeln allein 8 Seiten von den Aufgaben und Rechten des Vorstandes. Das Recht der Bewilligung von Streik-

unterstützung steht ausschließlich dem Vorstand bzw. Exekutiv-Board zu, nachdem er sich an Ort und Stelle von der Sachlage überzeugt hat. (Die Streikunterstützung wird von der Zentralkasse durch ein dazu beauftragtes Vorstandsmitglied ausbezahlt und beträgt statutarisch für Ledige 5 Dollars und für Verheiratete 10 Dollars die Woche. Für die erste Streikwoche wird keine Unterstützung bezahlt.) Ferner steht dem Vorstand das Recht zu, Strafen zu verhängen über Local-Unionen, die gegen die Bestimmungen des Statuts gesündigt haben, wie den Local-Unionen das Recht eingeräumt ist, Verurteilungen ihrer Mitglieder mit Geldstrafen zu sühnen. Im Statut nimmt es nur so von Strafverfügungen, und in der Praxis wird auch im weitesten Maße Gebrauch davon gemacht. Da gibt es Geldstrafen von 50 Cent bis zu 1000 Dollars.

Um nur einige zu nennen: Einfacher Streikbruch wird mit 5 bis 25 Dollars bestraft. Wer mit der böswilligen Absicht nach einem Streikort geht, den Erfolg des Streiks illusorisch zu machen: 25 bis 100 Dollars. Wer Streikbrecher beschäftigt oder sonst in irgend einer Weise in Schutz nimmt: 10 bis 1000 Dollars. Wer Bauarbeitern das Maurerhandwerk lehrt: 100 bis 500 Dollars. Diese hohen Strafen richten sich hauptsächlich gegen kleine Unternehmer, die Mitglieder der Union sind. Auch die Einstellung eines Lehrlings hängt von der Bewilligung der Union ab, wie sie überhaupt die Zahl der Lehrlinge bestimmt. (Kein einziger Unternehmer darf mehr als zwei Lehrlinge auf einmal beschäftigen.) Um diese Genehmigung muß in aller Form nachgesucht werden; in der Regel werden die Söhne von Mitgliedern bevorzugt. Die Union wacht dann sowohl darüber, daß der Lehrling ordnungsgemäß seine drei oder vier Jahre lernt, seine Pflichten erfüllt wie auch darüber, daß der Lehrmeister den Bestimmungen des Lehrvertrages nachkommt.

Werden wir nun einen Blick in die Versammlungen der Local-Unionen. Dem amerikanischen Brauche gemäß, werden die Local-Unionen zu Versammlungszwecken gemietet; außer Gismassier, wozu ein der allgemeinen Benutzung zugänglicher, geschlossener Behälter vorhanden ist, werden keine Getränke konsumiert. Auf der einen Seite des Saales steht auf erhöhtem Podium der Tisch und Sessel für den Präsidenten, am entgegengesetzten Ende der Sessel für den Vizepräsidenten. Vor dem Präsidenten liegt auf dem Tisch ein aus Stein gehauener „Backstein“, dabei ein hölzerner Hammer. Ein Hammer Schlag des Präsidenten. Die Mitglieder entlassen das Haupt und nehmen die Plätze ein. Während die Besucher herumgehen und den Mitgliedern das Stichwort abfragen, haben wir Gelegenheit, die auf dem Fußboden in gewissen Abständen stehenden Spucknapfe zu zählen: Es sind ihrer 25! Mittlerweile sind die Besucher mit ihrer Arbeit zu Ende. Kein Unterbrecher ist im Lokale, alles ist „allright“, die Verhandlungen beginnen. Das ganze Jahr hindurch ein und dieselbe Tagesordnung — fünfzehn Punkte. Die Verhandlungen würden dankbaren Stoff für einen Feuilletonisten bieten. Wir wollen uns hier auf das Charakteristische beschränken. Ein „Pass-Word“ besteht für die Internationale Union und dann hat außerdem noch jede Local-Union ihr eigenes Stichwort, das von Vierteljahr zu Vierteljahr durch ein anderes ersetzt wird. Nur wer das Stichwort kennt, hat Zutritt zu den Versammlungen, außerdem er kann sich auf andere Weise genügend legitimieren. Die Tür ist nach Beginn der Versammlung geschlossen. Dahinter steht der Türhüter, der niemanden ohne genügenden Ausweis hereinläßt. In den Unionen, wo es einige Sozialisten unter den Mitgliedern gibt, hat deren Einfluß die Einrichtung des „Pass-Words“ durch die Kartenkontrolle ersetzt. Dem lächerlichen Unfug sinkt die Beibehaltung des Stichwortes aber in den Unionen herab, wo infolge der geringen Mitgliederzahl einer den anderen kennt. — Will jemand vor Schluss der Versammlung weggehen, so hat er die Erlaubnis des Präsidenten einzuholen. In Strafe kann genommen werden, wer nach eröffnetem Versammlung den Hut aufbehält oder ihn, bevor die Versammlung geschlossen ist, wieder aufhebt. Wer den Anordnungen des Präsidenten nicht Folge leistet, sich der wiederholten Aufforderung nicht weiter zu erben, nicht flüht, verfällt in Strafe. Und zwar hat der Präsident das Recht, Strafen bis zur Höhe von 5 Dollars zu verhängen, wie denn überhaupt die Präzisionsgewalt fast unbeschränkt ist.

Der gesamte Vorstand erhält für jeden Versammlungsbesuch ein Honorar je nach der Stärke der Organisation. So finden wir Entschädigungen in einer Union mit durchschnittlich 250 Mitgliedern für den Präsidenten für jede Sitzung mit 1 Dollar, für den Sekretär und den Schatzmeister mit je 1 Dollar 50 Cent, für den Kassierer mit 2 Dollars und für fünf übrige Vorstandsmitglieder mit je 50 Cent. Zur Kontrolle der Mitglieder auf den Bauten, Vermittlung von Arbeit, Schlichtung von Differenzen ist dann außerdem noch ein (in großen Städten auch mehrere) sogenannter „Business-agent“ angestellt, der den vollen Wochenlohn eines Maurers bezieht. Mit dem Gelde wird durchaus nicht gehandelt. Für die Delegationen zum Verbandstage werden ganz respektable Summen ausgeworfen, und an Kandidaten stellt es deshalb

auch nie. Die Bewerber für einen Vorstandsposten sowohl, wie die zum Verbandstag vorgeschlagenen Delegierten, machen dort oft in einer Form für ihre Wahl persönliche Propaganda, die den beschwerenden Deutschen aufdringlich und widerlich zugleich anmutet. Da läßt man Bestellkarten drucken und durch gute Freunde verbreiten, vor und noch während des Wahlkampfes.

Die Wahlen erfolgen in geheimer Abstimmung in folgender Weise: Alle Kandidaten kommen auf eine Liste. Wenn man seine Stimme zu geben gedenkt, hinter dessen Namen macht man ein Kreuz. Nach jedem Wahlgang werden die Stimmen gezählt und der Kandidat, der die wenigsten Stimmen erhalten hat, ist herausgewählt und wird von der Liste gestrichen. Dieses Verfahren — ein zutraubender Akt — wird so lange fortgesetzt, bis zuletzt die gewünschte Zahl von Bewerbern übrig bleibt, von denen dann der mit der höchsten Stimmenzahl gewählt ist. Die Gewählten werden dann einige Wochen später unter Ablegung eines Eides in ihr neues Amt eingeführt.

Alle Klagen gegen Mitglieder, die sich irgendwie gegen die Satzungen der Union vergrägen haben, müssen der Versammlung schriftlich eingereicht werden. Die Anklage und Beurteilung vollzieht sich ganz in richterlichen Formen. Der Angeklagte hat das Recht, sich einen der Kollegen als Verteidiger zu wählen; die Zeugen werden immer nur einzeln herbeigerufen; während der Urteilsberatung wird der „Angeklagte“ entfernt und was dergleichen Unsitteheiten noch mehr sind. Das Strafverfahren öffnet natürlich der Demagogie Tür und Tor, und vor allem dort, wo irische und deutsche Gegenstände aufeinander stoßen. — Zwischen den Deutschen, bezw. Deutsch-Amerikanern und Irländern, die man schlechtweg als „Irishen“ bezeichnet, herrscht kein besonders gutes Einvernehmen. Mehr oder minder macht sich dies auch auf der Arbeitsstelle bemerkbar. Kann man sich gegenseitig ein ausweichen, so tut man es. Und dazu bietet auch wieder das Verbandsstatut eine Handhabe. So schreibt dasselbe vor, daß die Schmar immer nur eine Schicht hochgeschickt werden soll und daß in Falle still (5 Dollars), wer einen Stein ansetzt, bevor die Schmar hochgeschickt ist. Eine Anzeige wegen eines Verstoßes gegen diese Vorschrift beim „Steward“ des Rates führt oft zur Bestrafung. Man sieht sich also nach Möglichkeit vor.

Man sollte man meinen, daß man bei Schaffung dieser Bestimmungen den guten Zweck im Auge gehabt habe, das wilde und harte Arbeiten etwas einzuschränken. Und in der Tat mag das auch die Absicht gewesen sein. Aber das hat nicht verhindert, daß die Arbeitsmethode in der Intensität Formen angenommen hat, die kaum noch gesteigert werden können. Jeder ist eifrig bemüht, den anderen zu überbieten, das größtmögliche Arbeitsquantum zu liefern, am schnellsten seine Arbeit zu beenden. Der Polier versteht es, geschickt und mit Umsicht, die Arbeit so zu verteilen, daß zwei oder mehr Mann immer möglichst das gleiche Stück Arbeit zuteilgeteilt erhalten. Und so ist es denn keine Seltenheit, daß bei gewöhnlichem Mauernwerk in acht Stunden der einzelne 8000 und mehr Backsteine verarbeitet. Allerdings ist das auch mit zurückzuführen auf die von den deutschen abweichende Arbeitsweise, der Art des Mauerverbandes und dergleichen. Man kennt in Amerika nur halben Verband (Schornsteinverband). Erst alle fünf, sechs, auch sieben Schichten folgt eine Koppelschicht (Hetter). Außen vier Zoll, vier Zoll dazwischen; Koppelschicht und wieder sechs Schichten dazwischen, so daß erst alle sechs Schichten die Mauer einmal durchweg verbunden ist. An feinen Hochbauten (die meisten Bauten haben Verbleibseinfassungen in halben Verband ausgeführt) fällt dann die Koppelschicht ganz fort und das äußere vier Zoll starke Mauernwerk wird mit der Innenwand alle fünf bis acht Schichten durch eingelegte Blechstreifen oder biegsamen Draht verbunden. Stöße oder Lagerungen werden sofort mit der Mauerstelle glatteigefügt. Fugen und Abwaschen ist keine Mode.

Eine Solidarität in unserem Sinn kennt man bei der Arbeit nicht. Jeder ist sich selbst der Nächste. Wer nach Ansicht des Poliers nicht leistungsfähig genug ist, wird ohne viel Federlesens entlassen, ohne daß jemand Einspruch dagegen erhebt! Ja, die anderen freuen sich womöglich noch darüber, daß sie nun wieder einen Konkurrenten los sind! Ebenso wenig erhebt jemand Einspruch dagegen, wenn die Abdeckungen auf dem Bau so mangelhaft sind, daß vom fünften Stock bis in den Keller die Balkenlagen oft nicht in einer einzigen Etage abgedeckt sind. Bauarbeiten, in ganz mangelhaften Zuständen, findet man höchstens in größeren Städten. Die Aborte sind recht primitiver Art und genügen nicht der geringsten hygienischen Anforderung. Auch erlaubt die intensive Arbeitsweise, wo jede Minute ausgenutzt wird, so wie so nicht so oft deren Benutzung.

In fast allen größeren Städten beträgt die Arbeitszeit acht Stunden; in kleineren Orten neun, selten noch zehn Stunden. Schon einige Minuten vor Beginn der Arbeit steht jeder bereit an seinem Platz, um sich, sobald der Polier das Zeichen gibt, mit einer wahren Verfechterei auf seine Arbeit zu stürzen. Vier Stunden geht es dann ohne Unterbrechung in diesem Tempo weiter. Von 12 bis 1 Uhr Mittagspause, fünf Minuten vor 1 Uhr jeder an seinem Platz, um sich nach gegebenem Zeichen nochmals vier Stunden mit vollem Eifer der Arbeit hinzugeben. Das Arbeitsquantum, das in dieser Zeit geleistet wird, ist einfach ein erstaunliches. An einem großen Gebäude, wo einige Millionen Backsteine im gewöhnlichen Mauernwerk Verwendung fanden, betrug nach dem eigenen Geständnis des Geschäftsführers die tägliche Durchschnittsleistung eines Maurers 2000 Backsteine! — Man sieht also, daß auch der amerikanische Unternehmer trotz der hohen Löhne und der kurzen Arbeitszeit noch sehr gut auf seine Kosten kommt. Vielleicht ist sich aber auch gerade daraus die Ursache, warum die von der „Bricklayers-Union“ ausgeübte Streik- und Krankenunterstützung die für Streiküberdauern ausgemessene Summe um den sechsfachen Betrag übersteigt. „Diese beiden Lasten allein!“ schreibt „The Bricklayer and Mason“, „geben uns das Recht, auf unsere Organisation stolz zu sein.“

Wir können uns schwerlich zu einer Bemerkung dieser Lasten aufschwingen! Gewiß, die Organisation der amerikanischen Maurer ist ein wirtschaftlicher Machtfaktor, der aber lediglich einem engherzigen und kurzfristigen materiellen Berufsinteresse seiner Mitglieder dient. Will sie den solchen Programm: „Wir erkennen kein Recht an, das Reichum über persönliche Werte und Eigenschaften des Menschen er-

hebt“, in die praktische Tat umsetzen, so muß die Organisation auf eine breite Basis gestellt werden, müssen Prinzipien und Taktik modernisiert werden. Indessen damit hat es noch gute Weite, wenn die Organisation nicht durch die stonische Entwicklung auf diesen Weg gedrängt wird. Was darüber noch zu sagen wäre, geht über den Rahmen dieser Artikel hinaus. Uns war es nur darum zu tun, dem Leser in groben Umrissen ein flüchtiges Bild der amerikanischen Maurerbewegung zu geben, was dem einen oder anderen „europamüden“ Kollegen schließlich von Vorteil sein könnte.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kritische Zwischenfälle in Holland, Italien, Amerika, Hamburg. — Die internationale Kritik der Automobilindustrie.

Es ist nicht unauffällig im kapitalistischen Geschäft und Gewinnen, und selbst größere Zusammenbrüche sind keine Seltenheit mehr.

Die internationalen Börsen vollziehen eine nach der anderen eine „Korrektur“ an ihren Preisverhältnissen, und immer wieder nimmt diese Berichtigung den Charakter einer förmlichen Liquidation für ganze große Anlagegebiete an. In den letzten Wochen kam die Reihe zunächst an Holland, dessen Großfinanz, stets an den Spekulationen, Anleihen und Grubbingen in allen Ländern und Erbsenen rege beteiligt war. Dann suchte die Kritik den italienischen Börsenmarkt heim, dem im Jahre 1905 nicht weniger als 400 Millionen Lire neue Aktienwerte zugeflossen waren, so daß der Wert aller dortigen Börsenwerte damals 2335 Millionen Lire betrug — während sich schon im Jahre 1906 ein Kursverlust von 100 Millionen Lire und nunmehr, bis Ende September, im Jahre 1907 eine Verringerung des Kurswertes der italienischen Effekten um 220 Millionen Lire herausbildete. Jeder umfassenderen Gegenaktion stand die Knappheit und Leere des Geldes im Wege, so daß die Aktien von Banken, Privatbahnen, Eisenwerken, Elektricitäts-gesellschaften, noch mehr von Automobilfabriken ziemlich ausnahmslos einem fast heftigen Niedergang verfielen.

Von den Vereinigten Staaten ist die Weltwirtschaftswelle eigentlich seit Monaten nicht mehr ganz gewichen. Mitte Oktober jedoch sah es wieder einmal bedenklicher als je aus. Die heftigen Rückgänge und Schwankungen der Kupferpreise zwangen die New-Yorker Großfirma Ohio Seize & Co., ihre Zahlungsfähigkeit zu erklären: in einer Woche hatte man sie bis auf 25 gesunkenen United Copper-Aktien: nochmals bis auf 60 frampfhaft emporgestiegen, bis ein allgemeiner Verkaufsdruck den Kurs fast im Sandumbruch bis auf 10 zurückwarf; die herrschende Kreditklemme machte auch hier jeden nochmaligen Rettungsversuch aussichtslos. Zu dem Heinerzigen gehörten jedoch einflußreiche Firmen, die nunmehr gleichfalls zusammenbrachen: so die New-Yorker Wasser Groß & Kleeberg, dann die Staatsbank in Butte (im Bergwerksstaate Montana). Zum Gehege gehörte auch die New-Yorker Meritontale National Bank, die jetzt durch ein Clearinghausbankrott und durch den Kontrollverlust der Umlaufmittel der Vereinigten Staaten, Mr. Riggs, über Wasser zu halten versucht wird, um keine verheerende allgemeine Panik aufkommen zu lassen.

Ebenso hatte Deutschland keine ausgeglichene Katastrophe, die alsdann ihre Kreise weiter zog. In Hamburg stürzte das alte, bis auf das Ende des 18. Jahrhunderts zurückreichende Bankhaus Haller, Schöle & Co. Zuletzt mit einem Eigenkapital von etwa 5 Millionen Mark, hatte es sich zum russisch-einfandischen Fondsgehalt mehr und mehr großen und gewagten Investitionen und Krediten an Industrie- und Handelsunternehmen zugewandt, im Inlande wie im Auslande, in Europa wie in Südamerika, so daß die Darlehen an Industrienetze auf etwa 14 Millionen, die Vorstöße auf Waren etwa 15 Millionen Mark geschätzt werden. Die Ausdehnung dieses Wirkungskreises läßt sich daran erkennen, daß unter anderem folgende Firmen durch das Versagen ihrer Hamburger Kreditquelle in die bittersten Verlegenheiten gerieten: die Aufbaufirma W. Wagner in Stettin und Berlin, die Kumbische Oelmühle in Lübeck, die Böhmisch-Wesseler Kaumzucht- und Holzwerke in Auffig, Seestadt & Schweg, die verdrängte Exportfirmen Kuegens & Einmann in Hamburg, eine Bank in Houston (Texas); weiter sollen in Mitleidenschaft gezogen sein die Kladnoer Zementfabrik, die Zementfabrik Saturn in Brunnshof, verschiedene Terrainenunternehmungen in Berliner Vororten. Es heißt, daß die eingewichenen Hamburger und Berliner Großbanken ein Einschreiten abgelehnt hätten, weil sie bei ihrer eigenen Kraftanstrengung vorsichtigerweise nicht in der Lage seien, nochmals große Mittel in vielleicht recht langfristiger Bindung festzulegen.

Als die Reichsbank am 18. Oktober eine außerordentliche Sitzung des Zentralausschusses zusammenberief, wurden die düstersten Andeutungen in der Presse laut. Vielleicht hat jedoch gerade das Bedürfnis, eine gewisse Beruhigung zu schaffen, den Beschluß erzeugt, von einer Diskontenerhöhung, die bei der dauernden Anspannung der Reichsbank mindestens sehr nahe lag, vorläufig noch abzusagen. Tatsache ist, daß der Präsident Dr. Koch ein Anziehen des Diskontsatzes von 5% auf 6% vorschlug; doch hat sich das Direktorium der Ausschussmehrheit gegen, der an sich nur eine beratende, keine beschließende Stimme zuzählt. (Anwachen ist der Diskont noch von 5% auf 6% erhöht worden. Neb. d. „Grundstein“.)

Die Produktion im allgemeinen erfährt im Augenblick noch keine Verminderung ihres Umfangs, aber sie rechnet mehr und mehr mit vorfristig zurückhaltenden Bestellungen und mit abnehmenden Preisen.

Ein großer moderner Industriebetrieb befindet sich jedoch schon vollständig auf abschüssiger Bahn: die Automobilherstellung, die ganz denselben Entwicklungsgang vom rapiden Aufschwung zur völligen Überproduktion durchgemacht hat, wie der Zehner die Fahrradproduktion. Nach amtlicher Schätzung betrug schon im Jahre 1905 die Bruttoproduktion der deutschen Automobilwerke 40 Mill. Mark. Als im Februar 1906 die internationale Fachausstellung

in Berlin stattfand, urteilte die Zeitung der Adlerwerke in Frankfurt a. M.: „Die Nachfrage nach Kraft- und Kraftfahrzeugen sei eine derart enorme, daß selbst eine doppelte inländische Produktion noch kaum der Nachfrage genügen würde.“ Heute bereits jammert man über die Überfüllung des Marktes, über die eingerissenen Schleuderspreise, mit denen sich besonders die jüngeren und kleineren Betriebe am Leben zu erhalten hoffen. Den ersten Rückschlag spürte man, besonders in Berlin, im Aufschwung der Kraftfahrzeuge. Die Massenfabrikation hatte hier zu den gewaltigsten Abgabenschwächen geführt, mit denen man allerdings rasch konstatieren konnte, so daß die glänzenden im Landespolizeibezirk Berlin 250 Kraftfahrzeuge, während heute über 1000 vorhanden sind — was bei der ganz anderen Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsfähigkeit etwa 4000 Pferde-droschken entsprechen mag. Dazu kam, daß sich die Vertriebskosten viel höher wie erwartet stellten, und daß vor allem die anfangs geringfügigen Reparaturausgaben von Monat zu Monat wuchsen. Früher schätzte man die Lebensdauer einer Kraftdroschke auf zehn Jahre, und selbst hierfür reichte der geschätzte ungefähre Eigenertrag wohl selten eine genügende Amortisationsquote in Rechnung. Tatsächlich ist die Lebenszeit eines angetriebenen Berliner Wagens schon mit vier Jahren erschöpft. Je mehr Droschken, desto mehr tote Barteigen, so daß statt der glänzenden Übererträge, die den ersten Glanzspitzen zugefallen sein mögen, jetzt bald die Abhaltungsschwierigkeiten zur Regel wurden, trotz der seit Anfang 1907 genehmigten Fahrpreiserhöhung. Die fälligen Abzahlungen stellten, Prozesse und Klagen selber schwer fremdes Geld für ihre Betriebe heranziehen konnten. Auch die Ausdehnung des Kraftomnibusbetriebs ging nicht mit der gehofften Macht vor sich, weil die Verkehrsverhältnisse gleichfalls die Kostenanstiege für Abnutzung und Kraftfahrzeug weit übergriffen saßen. Die gleiche Wendung trat in Frankreich, zuletzt auch in Italien ein: die Grenze der Aufnahmefähigkeit für Sports- und Luxuswagen ist gleichfalls weit überholt. Automobilhersteller sind bereits zu verzeichnen. Die holländische Fabrik Trompburg mußte ein Moratorium (gerichtliche Einstellung der Zahlungen) nachsuchen. Die Turiner Fabrik Quarta stellte ihren Betrieb ein und folgte damit der Fabrik Napoli. Die Fabrik Italiana Automobil Torino (nach den Anfangsbuchstaben: Fiat) hatte in der Zeit der allgemeinen Verrückung ihre Aktien mit circa 400 pSt. notieren sehen (bei 9 Mill. Lire Aktienkapital); während sie jetzt erheblich unter 100 gefallen sind; große Arbeiterentlassungen haben stattgefunden. Von den Werken des Pariser Bezirkes (Panhard, Walfier, Lemnole, Sociétés des roulements a billes, Sociétés d'Electricité) kommen ähnliche Nachrichten; Hunderte von Arbeitern sind schon entlassen und man prophezeit für eine nahe Zeit die Abkühlung einer vollen Kälte. Die Eisenwerke in der Kroatien (im Vojvodina, in den Arbenen, in Marne) fühlen den Rückschlag; steht doch in Frankreich die Automobilindustrie an der dritten Stelle der exportierenden Industrien. Aber gerade hier soll alles gleich für den Weltmarkt produziert, besteht die Gefahr, daß durch Schleudersprende der internationale Absatzkampf noch ererbter wird. Vielleicht könnte das noch immer vernünftige Feld der Lastautomobile einen gewissen Ersatz bieten. Das wird jedoch in der Hauptsache von der allgemeinen Industriefinanzlage abhängen.

Berlin, 20. Oktober 1907.

Mag Schippel.

Politische Umschau.

Regierung, Schmarverband und Arbeiter. Der Zentralverband Deutscher Arbeiter, der sich stets durch fanatische Hege gegen die Arbeiterbewegung und Arbeiterorganisationen „ausgezeichnet“ und u. a. die Vorzüge des Buchhauses „Entwurf“ mit bewirkt hat, hielt Ende v. M. in Berlin seine Delegiertenversammlung ab. Der neue Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, der jüngst dem christlich-nationalen Arbeiterkongress eine Mahnrede gehalten, hielt auch dem Schmarverband die Begrüßungsrede. Er versicherte, daß er bestrebt sein werde, „dem Unternehmertum und der Arbeiterbewegung mit der gleichen Offenheit und Unbefangenheit gegenüberzutreten und die Aufstellungen beider Seiten gleichmäßig zu würdigen, um in möglichst enger Fühlung mit dem wirklichen Leben das richtige Augenmaß für das Mögliche sowohl wie für das Notwendige zu gewinnen und zu behalten.“

Auch betonte er die Notwendigkeit einer entschlossenen Fortführung der Sozialpolitik, wobei er von der „Energie der Unternehmung“ und der „Tätigkeit der Arbeiter“ sprach. Der Herr hätte sich nur erinnern sollen, welche Art von Energie der Schmarverband seither entwickelt hat gegen die berechtigten Forderungen der deutschen Arbeiter, die ihre Tätigkeit in jeder Hinsicht respektiert wissen wollen. Der Schmarverband hat für sie immer nur Worte und Taten schlimmer Ungerechtigkeit geholt. Die Anerkennung können doch wohl die Arbeiter für sich in Anspruch nehmen, daß, wie der Staatssekretär aus unumwundenem zugab, hauptsächlich ihrer Tätigkeit mit der Aufschwung der deutschen Industrie zu danken ist. Er hat damit, daß er das sagte, den Schmarmachern keinen Gefallen getan.

Die Delegiertenversammlung bewies denn auch bei ihrer Stellungnahme zu den sozialpolitischen Fragen sofort, daß sie nur im Geiste des Opportunismus leistungsfähig ist. Sie beschloß: den Forderungen der Sozialdemokratie nach wie vor energig entgegenzutreten, sie zu behandeln als „die gefährliche Feindin der wahren Interessen des Arbeiterstandes“. Zum Krantenlassenwollen forderte sie u. a.: daß der Fortbestand der Betriebskrantenkassen gesichert wird, daß die Unternehmer in den Betriebskrantenkassen und Betriebskrantenkassen die Hälfte der Stimmen erhalten; daß in den Betriebskrantenkassen der Unternehmer den Vorsitz führt. Einer Zusammenlegung der beschiedenen Versicherungsgesetze will der Schmarverband mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Ebenso allen Forderungen, die auf die Verkürzung der Ar-

beitszeit gerichtet sind. Nicht minder will er alle auf die Förderung von Tarifverträgen in der Industrie durch die Gesetzgebung, oder die Verwaltung gerichteten Bestrebungen auch fernerhin bekämpfen.

Zum Koalitionsrecht der Arbeiter wird erklärt: „Der Zentralverband hat niemals irgendwelche Stellung gegen das jetzt bestehende Koalitionsrecht der Arbeiter genommen, erachtet aber, daß die mehrfach im Reichstag gestellte, die Erweiterung dieses Rechts und dessen Ausdehnung auf weitere Klassen von Arbeitern, Angestellten und Beamten bezweckenden Anträge mit den Interessen des Staates und des Gemeinwohles unvereinbar sind.“

Schließlich erklärte die Versammlung, es sei unbedingt nötig, daß die verbündeten Regierungen tunlichst bald und energisch befohlen sind, durch geeignete Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller als bisher geschehen ist, zu schützen und damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter „von der Schreckensherrschaft dieser Partei und ihrer Organisationen zu befreien.“

Als die Buchhausvorlage soll wieder kommen!

Niedriger, fanatischer Gehässigkeit gegen die Arbeiterorganisationen gab auf dem Delegiertenversammlungen folgenden Reden: Der Ober-Scharfmacher, Kommerzienrat Kirdorf, Ansbach. Er betonte die Notwendigkeit der Geschlossenheit innerhalb der Industrie, besonders eines geschlossenen Kampfes gegen die Umsturzparteien. Der Umsturz gehe nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von den anderen Arbeiterorganisationen aus, deren Zweck es sei, Feindschaft zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu säen. Diesen Bewegungen gegenüber den Herrschaftspunkt gewahrt zu haben, sei nach ihrer Überzeugung richtig gehandelt.

Damit hatte Herr Kirdorf den Scharfmachergegnern das Gespräch angenehm veräußert gemacht. Der Regierung gab er noch sehr deutlich zu verstehen, daß ihrer sozialpolitischen Strömung das Unternehmertum nicht folgen werde, wenn sie ihm nicht entspreche.

Das ging denn doch selbst dem preussischen Handelsminister Delbrück, der an dem Bankett teilnahm, wider den Strich. Er erhob sich und erklärte, daß die Regierung sich nicht in den Sinn von Kirdorfs Anschauungen zwingen zu lassen brauche. Er fügte hinzu:

„Daß Kirdorf sagte, wir wollten Herren im Hause bleiben, hat in der öffentlichen Meinung mehr geschadet als manche bittere Tat. Es liegt beim Unternehmer fern, ein mittelalterliches Herrment gegenüber den Arbeitern aufzustellen. Es liegt fern, den freien Willen zu beschränken, auch wenn es sich um unsere Arbeiter handelt. Wir wollen die Kameraden unserer Arbeiter sein. Dann wird die deutsche Industrie nicht nur als Industrie groß sein, sondern auch in der Achtung aller Parteien des Vaterlandes und auch in der Achtung des Auslandes.“

Es ist das erste Mal, daß ein Regierungsvertreter in solcher Weise Front macht gegen das Scharfmachertum. Der Regierung ist die Gehe der Kirdorf und Genossen, in der Area der Wohlpolitik, unangenehm.

Eine weitergehende Bedeutung ist der milden Verwahrung des Ministers Delbrück nicht beizumessen. Hat doch die Regierung immer im Sinne des Scharfmacherverbandes gestanden, und sie wird sich wohl hüten, die feierlichen guten Beziehungen zu ihm in ein feindseliges Verhältnis umzuwandeln.

Die Reichsfähigkeit der Berufsvereine. Der Gesetzentwurf, betreffend die Reichsfähigkeit der Berufsvereine, der dem Reichstag im November 1906 vorgelegt worden war und dort die berühmte scharfe Kritik erfahren hat, befindet sich nicht unter den Vorlagen, die dem neuen Reichstag bereits zugegangen sind. Nach einer offiziellen Notiz soll er ihm zunächst auch mit Rücksicht auf die zahlreichen übrigen sozialpolitischen Vorlagen vorläufig nicht wieder vorgelegt werden.

Die Notiz belagt weiter: „Dieser Verzicht hängt eng mit dem kommenden Vereins- und Versammlungsgesetz zusammen, das das Recht der Berufsvereine nach der öffentlich-rechtlichen Seite regelt. Man wird zunächst abwarten, welche Aufnahme das Vereinsrecht im Reichstag erhält und davon abhängig machen, ob und wie der alte Entwurf wieder aufgenommen werden kann. Nimmt der Reichstag das neue Vereinsgesetz an, so dürfte es leicht sein, das Recht der Berufsvereine auch nach der privatrechtlichen Seite hin zu regeln.“

Natürlich wird die Vereinsgesetzvorlage eine reaktionäre Leistung sein. Und dementsprechend würde dann auch natürlich die Reichsfähigkeit der Berufsvereine ihre Regelung finden.

Inzufrieden mit dem christlich-nationalen Arbeiterkongress ist die „Neuzeitung“. Sie hat zwar Worte der Anerkennung für das „maßvoll politische Verhalten“ der Drahtzieher des Kongresses, die nichts wissen wollten von einer Stellungnahme zur preussischen Wahlrechtsform. Aber dieses Lob ist ein sehr verdächtig. Es wird offenbar nur gesendet, damit die abfällige Kritik, die das konservative Blatt an anderen Punkten hat, desto wirksamer zu machen; so in Sachen der Erhöhung der Arbeitslohn und der Verfürgung der Arbeitszeit sowie des Koalitionsrechts. Die industriellen Arbeiter, die in diesen Punkten für ihre berechtigten Interessen eintreten, mögen sie nun durch Sozialdemokraten oder „christlich-nationale“ Männer leiten, geben damit ja der lächerlichen Arbeiterbewegung ein „schlechtes Beispiel“. Das Blatt wünscht, daß das „Verantwortlichkeitsgefühl“ der Führer noch wache und es behauptet, das Telegramm, das der Kaiser dem Kongress geschickt, lege den Führern „eine Ehrenpflicht“ in dieser Hinsicht auf, damit die christlich-nationale Bewegung „zum Segen der Arbeiterklasse und des gesamten Vaterlandes“ gereiche. Das Junkerorgan fügt hinzu: „Diese Anerkennung des Kaisers auch ferner zu verdienen und diesen Wunsch zu erfüllen, dazu gehört ein bewußtes Einordnen der Arbeiterklasse in das Gesamtinteresse der Nation. Nur dies bewußte Einordnen macht die Arbeiter zu wirklich freien Männern, mit denen jede Partei auf dem Boden der Gleichberechtigung verhandeln kann.“

Das ist wieder ein elender demagogischer Unfug. Was versteht denn das Blatt unter dem „Einordnen der Arbeiterklasse in das Gesamtinteresse der Nation“? Ihre Unterordnung unter die Standesinteressen der herrschenden Stände und Klassen, von denen diese Faktoren ja immer behaupten, daß darin die Interessen der Nation sich begründen. So z. B. wenn die Arbeiter eine frivole Lebensmittelmarktpolitik betreiben. Die Junker und Junkerherrschaft haben noch niemals Bedenken getragen, auf kaiserliche Anerkennung zu verzichten, den Aufzeichnungen des Kaisers einen Trost zu bieten, der Regierung Opposition zu machen, wenn es ihren Sonderinteressen entsprach. So in der Kanalfrage. Wenn das Organ dieser Sippschaft vor einem Einordnen in das Gesamtinteresse der Nation spricht, so ist das ein frecher Scherz. Für sich allerdings beansprucht die Sippschaft vollste Freiheit, für die Arbeiter aber die Einschränkung, den Polizeinippel. Das nennt sie „Gleichberechtigung!“ Die Arbeiter haben lediglich ihren berechtigten Interessen und damit den Grundgesetzen der Freiheit und Gerechtigkeit zu folgen, ohne zu fragen, ob sie sich damit die Anerkennung eines Monarchen verdienen. Er mag sich sein Urteil über die Arbeiterbewegung bilden wie er kann und will. Ist es ein richtiges und gutes, so wird es genau dieselbe Wirkung erfahren, wie das jedes anderen Menschen; ist es das nicht, so wird ihm die Arbeiterklasse opponieren.

Scharfer noch als die diplomatisierende „Neuzeitung“ spricht sich ein anderes konservatives Organ, die „Schlesische Zeitung“, über den Kongress aus. Es wird darauf hingewiesen, daß einer der Hauptvorträge des ersten nationalen Arbeiterkongresses, der Zentrumsabgeordnete Giesberts, „es für die auf dem Kongress vertretenen Arbeiter abgelehnt hatte, sich als Sturmboden gegen die Sozialdemokratie gebrauchen zu lassen, daß er vielmehr, indem er unterschiedslos „jeden“ Arbeiter als „Klassengegner“ begrüßte, den „Christlich-nationalen“ unter Umständen das Zusammenwirken mit den Sozialdemokraten auf dem Boden des Klassenkampfes ausdrücklich vorbehalten hatte.“ Die Regierung hätte deshalb gegenüber dem Berliner Kongress mehr Zurückhaltung üben und zum mindesten den Verlauf der Verhandlungen abwarten sollen. Der b. Weimann-Holweg habe indessen offenbar die Herren durch lebenswichtige Offenherzigkeit gefangen nehmen wollen; Erfolg habe er jedoch damit nicht gehabt. Dem fügt das konservative Blatt hinzu:

„Bereits sucht man in den Reden des Kongresses nach einem grundsätzlichen Bruch mit der Sozialdemokratie, vergebens auch nach einer irgendwie gearteten Anerkennung für die Regierung. Im Gegenteil, die letztere wird mit Vorwürfen überhäuft, daß sie die Sozialreform verpöndelt, daß sie den Interessen der Arbeitgeber diene, die der Arbeiter aber vernachlässigt. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung, in der wir den anderen Staaten mit Stolz und Bewußtsein vorausgehen, wird als durchaus ungenügend dargestellt. Aber auch, wenn auf diesem Gebiete noch soviel geschähe, Verfrühdung würde damit doch nicht geschaffen werden, denn die Regierung versteht nicht die Psychologie der Arbeiter, denen es in erster Linie um mehr Rechte und Freiheiten zu tun ist. Genau im Stile der Sozialdemokratie werden diese Rechte und Freiheiten gefordert und begründet, und schließlich steht auch nicht die kaum verhüllte Drohung, daß im Falle der Nichterfüllung der Forderung eine massenhafte Fühnenflucht ins sozialdemokratische Lager zu erwarten sei. Das ist die „unerschütterliche Zuverlässigkeit“ dieses „nationalen“ Kongresses!“

Da haben wir's! Die ganze Veranstaltung war durch den „christlich-nationalen“ Charakter, den man ihr von vornherein gegeben hatte, eine Kundgebung gegen die Sozialdemokratie, oder sollte es wenigstens sein. Aber die sozialpolitischen Fragen, mit denen der Kongress sich befaßte, wobei es sich um Forderungen handelte, die von der Sozialdemokratie schon vor langem erhoben worden sind, lassen sich gar nicht anders behandeln als „im Stile der Sozialdemokratie!“ Soweit sind die christlich-nationalen Arbeiter nun auch schon gekommen. Und es ist die nicht unbegründete Furcht, daß sie bei ernstlichem und ehrlichem Streben zu der Sozialdemokratie überhaupt gelangen müssen, die aus den Klagen der konservativen Blätter spricht.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Spandau (Sperrung über Neben), Moorloth (Sperrung über Mint);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), Reinfeld (Sperrung über E. Haeger), Appenrade (Sperrung über Callesen), Wedel (Sperrung über Hatje);

Brandenburg:

Mittenwalde (Sperrung über Rohfeld, Kreiskrankenhause), Cottbus (Sperrung über Röder in Weisswasser);

Pommern:

Gammeln (Streik), Pyritz (Sperrung über Friedr. Borg), Torgelow (Sperrung über Rambow), Podeljuch (Sperrung über W. Berg);

Ost- und Westpreussen:

Sensburg (Sperrung über Rehse);

Posen — Schlesien:

Ohlau (Sperrung über Rother, Kern und Jander), Peistowitz (Sperrung über Gerlach und Wiesner),

Muskau (Sperrung über Stülpnagel), Waldenburg (Sperrung über Täsler in Neu-Salzbrunn);

Königr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstrasse, in L.-Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L.-Gautsch-Fr. Probst & Co., Spinnereistrasse, in L.-Leutsoch Eisengießerei E. Becker & Co., in L.-Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohartrasse), Colditz (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wunstorf (Streik), Celle, Norderney (Aussperrung);

Rheinland:

Crefeld (Differenzen), Kaiserswerth (Sperrung über Oster & Rosch);

Hessen und Waldeck:

Rüdesheim-Geisenheim (verschiedene Sperrungen), Mainz (Sperrung über A. Westenberger), Oppenheim (Sperrung über V. Kurz), Giessen (Sperrung über Bernhard in Kleinlinden), Schmalkalden (Sperrung über Peter);

Baden-Pfalz:

Offenburg (Streik der Zementierer), Unterharmersbach (Sperrung über den Schulneubau), Neustadt a. d. Haardt (Sperrung über den Sägemühlneubau Kriegshäuser & Sohn);

Bayern:

Selb (Sperrung über Jäger & Werner), Wasserburg (Sperrung über Nubauer), Dissen (Streik);

Fliesenleger:

Barmen-Elberfeld (Sperrung über die Zwischenunternehmer Jeschowsky und Rummenhölle), Duisburg (Sperrung über Gebr. Bönning und Krüskens);

Oesterreich:

Leitomsisch, Chotzen, Wildenschwert (Aussperrungen), Hohenmuth (Streik);

Ungarn:

Arad, Csongrád, Gyula, Kecskemét, Nyiregyháza, Petrosény, Szekesfehervar, Vác, Zombolya (Aussperrungen).

Holland:

Arnhem (mehrere Sperrungen).

Gau Bremen.

In Nordenham haben sich Differenzen entsponnen, die eine Aussperrung in drohender Nähe rufen. Der Unternehmerverband hat nämlich beschlossen, die übliche einwöchentliche Mittagspause auf eine Stunde zu verkürzen. Der vom 4. November an noch die 1 1/2 Stunden beansprucht, soll sofort entfallen werden. Unsere Kollegen wollen sich am 5. November mit dieser Entschärfung befassen. Die Bauarbeiterchaft in den Unterwerfern hat den Unternehmern die alte Forderung: neunwöchentliche Arbeitszeit und 60 1/2 Stundenlohn, in Erinnerung gebracht. Nach einer Notiz der „Arbeiter-Zeitung“ für das Baugewerbe an der Unterwerfer hat sich der Unternehmerverband mit dem Antrage beschäftigt, und das Resultat war, daß an der zehnständigen Arbeitszeit festgehalten werden soll. Dagegen fand ein Vorschlag des Vorstandes, die Geschäfte (Bauten zc.) an den Sonnabenden um 1 Uhr Mittags zu schließen, freundliche Aufnahme. Der Vorschlag soll einer späteren Versammlung zur Annahme entpfunden werden. Auch einer Lohnherhöhung von 6 1/2 pro Stunde war man nicht abgeneigt. — Wir werden ja demnach mehr über diese Vorschläge hören. Unsere Kollegen werden selbstverständlich den freien Sonnabendnachmittag als Abschlagszahlung akzeptieren, damit werden sie aber dauernd nicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit an allen Tagen verzichten.

Gau Köln.

Der Streik in Crefeld ist wegen Ausichtslosigkeit aufgehoben worden. Die Streikenden wurden sofort eingestellt, am Sonnabend der letzten Woche aber größtenteils wieder entlassen. Der Zuzug von Maurern muß also auch fernerhin streng ferngehalten werden. Ueberdies sind die Bauten des Unternehmers Peter Schlechthin wegen Arbeitslosigkeit gesperrt.

Gau Hannover.

Ueber die Aussperrung in Celle wird folgendes berichtet: Auf Veranlassung des hiesigen Gewerbevereins fand am 22. Oktober vor dem Gewerbegericht eine Einigungsverhandlung statt, die jedoch resultatlos verlief, da uns die Unternehmer nur ganz geringe Zugeständnisse für das kommende Jahr machten und überdies verlangten, daß wir mit Nicht- und Andersorganisierten zusammen arbeiten und den von den Unternehmern protegierten Polierverein anerkennen sollten. Dann fand am 25. Oktober auf Ersuchen der Gewerbestände wieder eine Verhandlung statt, die nach achtstündiger Sitzung einen Arbeitsvertrag hervorbrachte, der jedoch die am 22. Oktober tagende Versammlung ablehnte. Darauf war am 1. November schon wieder Verhandlung. Wir forderten bei Aufnahme der Arbeit 50 1/2, vom 1. April 1908 an 55 1/2 pro Stunde und 1/2 stündige Arbeitszeit, Ausschaltung des Poliervereins, des Arbeitsnachweises, der Arbeitsvermittlung und der Konventionalstrafe. Dies wurde von den Vertretern der Unternehmer als unerfüllbar und unbefriedigend bezeichnet. Am diesem 1. und 2. Ende zu machen und, wenn möglich, den Streik beizulegen, machte die Gesamtkommission der Arbeiter folgenden Vergleichsvorschlag in der Lohnfrage: bei Aufnahme der Arbeit 48 1/2, vom 1. Januar 1908 an 50 1/2 und vom 1. Januar 1909 an 52 1/2 pro Stunde. Da die Unternehmer erklärten, keinerlei Zugeständnisse zu machen, so wurde über die anderen Punkte nicht mehr verhandelt und die Sitzung abgebrochen. Die Antwort soll uns dieser Tage schriftlich ausgehen. Der Weg zur Verständigung ist geboten; an den

Unternehmerin liegt es, gleiches zu tun. Auf etwas anderes wird sich die hiesige Bauhandwerkerschaft nicht einlassen. Mit berechtigtem Stolz können wir berichten, daß nach zweifelhafte Sperrung nicht ein Kollege, der ernstlich in Frage käme, abgegangen ist. Zu unterstützen sind 40 Maurer und 10 Zimmerer. Bauarbeiter und Dachbeder sind sämtlich in Arbeit gebracht. Auch sonst drängt die Arbeit sehr, so daß, wenn alle Kollegen unbedingt jeden Zug von hier fernhalten, der Kampf unbedingt zu unseren Gunsten ausfallen wird.

Gau Mühlen.

Die Sperre über die Firma Lehner in Altdorf ist aufgehoben. Die Gebrüder Lehner haben eingesehen, daß sie mit den paar „Arbeitswilligen“ doch keine großen Sprünge machen können, und so bequemen sie sich dazu, die noch anwesenden Ausgesperrten wieder in Arbeit zu nehmen.

Auch die Sperren über die Firmen Gerbl und Sult in Freilassing sind aufgehoben.

In Traunkirchen kam es in der letzten Woche zu Differenzen, nachdem die Firma Witzler die Maurer und Bauhilfsarbeiter entließ und die Arbeit einem auswärtigen Unternehmer übertrug, der dann mit indifferenten Leuten anrückte. Nachdem eine Kommission vorstellig geworden war, konnten die Kollegen die Arbeit wieder beginnen. Die Mehrzahl war jedoch bereits anderweitig in Arbeit getreten.

Gau Oberpfälzer.

In Oroschitz wird für den Janekth, denselben, von dem wir in Nr. 40 des „Grundstein“ über die Arbeitslosenfrage berichteten, ein Erfolg gebaut. Die daran beteiligten Kollegen wurden kürzlich wegen einer Lohnzulage von 5 % pro Stunde vorstellig. Sie wandten sich mit dieser Forderung an einen gewissen Hofmann aus Gofel, den sie nach seinem bisherigen Auftreten für den Unternehmer halten mußten. Hofmann sagte auch die Lohnzulage zu. Als sie aber fällig war, gab es statt einer Lohnzulage für eine Reihe älterer Kollegen einen Lohnabzug von 2 bis 4 %. Er stellte sich nun heraus, daß Hofmann eigentlich nur Vorführer des schlagfertigen Janekth war. Eine solche Zumutung war den Kollegen nun aber doch zu arg. Sie versuchten nochmals zu verhandeln, aber es half nichts. Darauf stellten sie samt und sonders die Arbeit ein und beauftragten vier Kollegen, mit dem Vorführer weiter zu verhandeln. Das erwies sich aber wieder als quacksalbig, der Mann gebärdete sich wie ein Reichthumskind in Ostafrika. Er schimpfte über die „Faulheit“ der Kollegen, wozu sich bekanntlich immer die Reute am meisten berufen fühlen, die am besten täten, vor der eigenen Tür zu fegen. In diesem speziellen Falle war der Vorwurf der Faulheit eine Schamlosigkeit. Aber alles Schimpfen konnte doch keine Maurer herbeischaffen. Natürlich wurde auch die Polizei mobil gemacht. Aber wie sich Hofmann auch bemühte, Zusammenkünfte der Streikenden mit der Polizei herbeizuführen, es scheiterte an der Ruhe und Besonnenheit der Oroschitzer Kollegen, die auch dann nicht verzagte, als Hofmann „Arbeitswillige“ fand, und als dann auch die Polizei alle ihre Kräfte ansetzte. Trotz alledem gelang es den Streikenden, die „Arbeitswilligen“ davon zu überzeugen, daß sie hier keine noble Rolle spielen, und sie wieder zur Arbeit zu bewegen. Dann sah Hofmann ein, daß er mit einer starken Organisation zu tun hatte, und bequeme sich zu Rückgängen. Nun werden 34 1/2 Stundenlohn gezahlt. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden. Bei der ganzen Affäre machte sich Gofel recht kleinlich unliebsam bemerkbar, besonders als die Streikbrecher bei ihm logierten. Die Kollegen werden ihm das nicht verzeihen.

Gau Stettin.

In Alt-Damm kam es wegen Affordarbeit, die dort durch Tarifvertrag ausgeschlossen ist, mit dem Unternehmer Ernst Wötter zu Differenzen. Nachdem am 30. Oktober 16 Maurer die Arbeit eingestellt hatten, bequeme sich der Unternehmer zu dem Entschluß, die städtische Fabrikarbeit am Sanatorium in Reitzhof herstellen zu lassen. Gleichzeitig wurden die dort beschäftigten unorganisierten Stettiner Arbeiter veranlaßt, sich dem Verbandsangehörigen.

In Greifenberg i. Pom. trägt die im Frühjahr bekundete Schlappe der Kollegen ihre Früchte. Einige Unternehmer brühen den Lohn und wo es noch nicht gelungen ist, es nur dem guten Willen des Unternehmers zu danken. Die Organisierten erhalten zwar den Lohn, doch steht es nicht in ihrer Macht, die Herren „Widdergänger-Transmigranten“ zu schlagen. Ist unser Einfluß auch nicht groß, so erkennen wir uns dennoch der ungeteilten Aufmerksamkeit der Würde. Selbst zu einem Vergnügen werden die Lokale abgetrieben. Uebereinstimmend sagen die Wirte, daß der Bürgermeister ihnen die Rechte verhört hat; bei dem einen Wirt tat auch noch der Brauereibesitzer sein Bestes. Der Bürgermeister soll gemeint haben, daß Tanten jetzt ja noch, aber dann kommt so ein Herr aus Stettin und hält während der Kaffeepause eine Rede. Die Möglichkeit, daß sich eine solche Rede etwas über das Niveau der Kriegereinsparnisse — nämlich in jedem Monatslohn für M. 2,50 — erhebt, genügt den Herren Fürst einzuführen. Doch die Festreden überlassen wir gern den Honoratioren und Ortsgrößen; wir erreichen auch ohne unser Ziel.

In Neubrandenburg ist die Aussperrung und der Streik nach zwölftägiger Dauer ohne Vertrag beendet. Die Arbeitslosigkeit ist gut, durch einen warmen Regen ist sie noch besser geworden, und doch finden sich anständige Kollegen, die die Arbeitslosigkeit überschreiten und Alford einzuführen versuchen. Die angereisten Kollegen werden hiermit nicht angeht. Viele von ihnen verüben die Annahme beim Zweigverein. Es sei hier nochmals aufmerksam gemacht, daß sich jedes Mitglied im Arbeitsort anmelden und die Beschlüsse des Vereins mit. (Was ein „warmer Regen“ zur Verbesserung der Arbeitslosigkeit tun kann, ist uns nicht recht klar. Die Red.)

Dem Bürgermeister in Walle i. P. ist eine Glangnummer geglückt: er hat eine Maurerverammlung vereitelt. Nachweisbar wurde die Annahme zu der am 27. Oktober, Nachmittags 8 Uhr, geplanten Versammlung am 28. November 11 Uhr, in den Magistratskassen gestellt. Eine Bescheinigung erhielten wir nicht, dagegen erschien am 27. Nachmittags 4 Uhr, das Stadtoberhaupt in höchstgelegener Person vor der Herberge. In

Ausweichend des Wirtes sagte er der Wirtin: „Ich beabsichtige, die Versammlung in Ihrem Lokal abhalten zu lassen; tun Sie es dennoch, so nehme ich Sie in Strafe. Ich kann hergehen kommen.“ Am 3. Uhr wurde der Schuldner, der dem Referenten mitzuteilen. Eine Versammlung war nicht möglich, doch erreichten wir auch so unseren Zweck. Zum Schluss kündigte uns der Wirt wegen der vielen Scherereien die Freundschaft. In diesem Falle läßt sich die Verhinderung nachweisen. Dem Bürgermeister wird Gelegenheit gegeben werden, mitzutheilen, wie es kommt, daß eine 28 Stunden vorher angemeldete Versammlung als nicht rechtzeitig angemeldet verboten wird.

In Stargard i. P. ist gute Arbeitslosigkeit. Der Lohn von 44 1/2 wird gezahlt. Die angereisten Mitglieder tun gut, sich im Arbeitsort anzumelden, damit der Einfluss der Verbandsmitglieder so erhöht, daß die vorhandenen Arbeitsplätze trotz des bestehenden Krisenrisiko bekannt werden können.

In Stettin besteht seit 1906 die neuemalshandelsmäßige Arbeitszeit. Die Geschäftsführer und Leiter führen die Arbeiter in zwei Schichten die zehnstündige Arbeitszeit ein. Sie begründen es mit dem Absatz 7a des Vertrages, wonach es bei Reparatur- und Installationsarbeiten in Fabriken dem Unternehmer gestattet ist, Überstunden selbst zu bestimmen. Als Überstunden gelten die Stunden nach 6 Uhr Abends und vor 6 Uhr Morgens. In diesem Falle verändert man einfach die Pausen. Ein Verstoß gegen den Vertrag liegt ohne Zweifel vor; deshalb lehnte der Arbeitsverband auch zunächst eine gemeinsame Sitzung ab. Erst als mit dem Vertragsmäßig als Obmann des Schiedsgerichtes geltenden Überprüfermeister zwei Briefe gewechselt waren und eine mündliche Unterredung stattgefunden hatte, berief man die Sitzung ein. Die Sache schwebt noch. Bei dieser Frage kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß sich die Unternehmer von den Bauherren, bei Tagelohnarbeiten 10 Stunden bezahlen lassen, und deshalb auf zehnstündige Arbeitszeit drängen. Sondern man müßte es auch an, daß feinerzeit die Chamottefabrik auf Verreiben des Arbeitsverbandes gesperrt wurde, weil der Vertrag nicht bewilligt war, während heute der Vorführer des Verbands zu Gunsten jener Fabrik den Vertrag verteidigt.

Die Neubauten der Provinzial-Gefängnisse in Treptow a. d. Rega führt die Firma Maack & Co. aus Kolberg aus. Die Arbeitskräfte mußten von auswärts herangezogen werden. Am 25. Oktober kündigte der Vorkauf auf vier Bauten eine Lohnzulage von 2 1/2 %. Am 26. Oktober wurde nichts dagegen gesagt. Am 26. Oktober gelang es den Vermählungen des Bauhandwerkes, die Lohnzulage abzuwehren. Vereinbart ist: Der Lohn von 50 1/2 pro Stunde wird weiter gezahlt. Die Entlassung einiger Kollegen wird zurückgenommen. Eine Entlassung sollen nur vorgenommen werden, wenn Arbeitsmangel die Entlassung zur unabwendbaren Nothwendigkeit macht. Dies Abkommen konnte nur erzielt werden, weil alle Kollegen erklärten, sofort die Arbeit einzustellen, wenn auch nur 1 1/2 abgezogen bzw. ein Kollege entlassen würde. Wir erhielten den Eindruck, als ob hier ein Privatargwohn des Vorkaufs und des Bauhalters fester vorlag. Erst sollte es der Geschäftsinhaber verlangt haben und hinterher konnten beide die Sache zurücknehmen, ohne auch nur ein Wort mit Maack gesprochen zu haben.

In 19 Lohnbezirken ohne Verein ist im Herbst nochmals Hausagitation betrieben. Allenfalls ist der Sinn für den Anschlag gewacht, doch fehlt es an Mut und an Personen, die die Leitung in die Hand nehmen könnten.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Beitragszahlung. Monat November ist laut Statut der letzte Beitragsmonat im Jahre; die Monate Dezember, Januar und Februar sind beitragsfrei. Die beitragsfreie Zeit ist eingeführt, um zu verhüten, daß im Winter Mitglieder wegen Beitragsschulden gestrichen werden müssen. Soll dieser Zweck in Erfüllung gehen, was im Interesse des Verbandes wünschenswert ist, dann müssen die Mitglieder ihre Verbands- und Extrabeiträge bis zum Jahreschluss voll bezahlen, bevor es Winter wird.

Die rechtzeitige Zahlung des Beitrages liegt aber auch im Interesse der Mitglieder selbst. Laut Statut haben nur diejenigen Mitglieder ein Recht auf Reise-, Sterbe- und Krankenunterstützung sowie Nachschuß, die mit ihren Beiträgen nicht länger als zwei Monate rückständig sind. Im anderen Falle gehen alle erworbenen Rechte auf Unterstützung verloren. Eine Nachzahlung der rückständigen Beiträge kann daran nichts ändern.

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, die Kollegen hierauf noch besonders hinzuweisen und Einrichtungen zu treffen, daß die Schumigen vom 1. Dezember an persönlich an ihre Beitragspflicht erinnert werden können.

Für Mitglieder, die im Herbst nach Hause reisen. Diejenigen Mitglieder, die mit Beginn des Winters den Ort, wo sie in Arbeit stehen, verlassen und an einem Ort ihren Aufenthalt nehmen, wo ein Zweigverein nicht besteht, machen wir darauf aufmerksam, daß ihnen, wenn sie sich beim Verbandsvorstand anmelden, der „Grundstein“ von hier aus zugestellt wird. Bei der Anmeldung ist das Mitgliedsbuch mit einzubringen, auch muß der Beitrag für dieses Jahr voll bezahlt sein.

Wollen die Kollegen aber lieber mit dem Zweigverein, dem sie bisher als Mitglied angehört haben, in persönlichem Verkehr bleiben und sich von dort aus den „Grundstein“ zustellen lassen, dann steht dem nichts im Wege.

Reisenunterstützung. Die Auszahlung der durch Statut (§ 29) vorgeschriebene Winter-Reisenunterstützung beginnt am 1. Dezember dieses und endet am 31. März des nächsten Jahres.

Reisegeldlegitimationskarten stellt der Verbandsvorstand vom 15. November an aus.

Mitglieder, die eine Karte wünschen, haben ihr Mitgliedsbuch sowie 20 1/2 in Briefmarken für Zurücksendung des Buches

und Zusendung der Legitimationskarte zu einzufenden. Junggeheilen haben außerdem eine Bescheinigung beizubringen, aus der hervorgeht, daß sie innerhalb der Woche nach beendeter Lehrzeit dem Verbands begetreten sind.

Als solche Ausweisepapiere genügen ein Lehrbrief oder eine sonstige Bescheinigung des Lehrmeisters über die beendete Lehrzeit. Wenn an dem Ort, wo ein Kollege ausgeleitet hat, ein Zweigverein besteht, dann genügt auch eine Bescheinigung des betreffenden Zweigvereinsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitglieds und
- die Sterbekunde.

Außerdem ist anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 28. Oktober bis 2. November für folgende Mitglieder erteilt:

Otto Ritsch-Lauscha b. S., Verb.-Nr. 103 666; Joh. Müller-Hamburg (Frau), 27 231; Gottl. Niedgraf-Stuttgart, 47 033; Joh. Rath-Weidberg (Frau), 295 419; H. Engel-Verlin (Frau), 1525; Karl Braum-Gießen, 68 112; Aug. Schöffel-Offen, 67 710; Karl Richter-Barmen (Frau), 62 355; Geo. Braun-Wiesbaden, 48 378; W. Sander-Hamburg, 290 720; W. Meier-Stettin (Frau), 45 046; Joh. Berger-Ballau (Frau), 124 896; Ernst Sander-Weiß, 37 876; H. Kamm-Weiden, 133 756; W. Krell-Weiden, 18 941; Dr. Martin-Weiden (Frau), 108 494; Fr. Sarnat-Schönebeck a. d. S. (Frau), 99 324; Carl Philipp-Ammer, 81 679; Herm. Strauß-Mühl, 166 845; Joh. Meierhofer-Regensburg, 267 502; W. Müller-Frankenhäuser (Frau), 68 819; Friedrich Wegler-Weidberg, 77 624.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Wesendörferhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 27. Oktober bis 4. November 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder:

Darmstadt M. 855,57, Marburg 510,53, Weiden 391,87, Friedr. Schlegel 824,04, Döberan 348,60, Eggen 182,63, Siegen 93,70, Neuenhammer 292,80, D. 621,20, Rosenheim 594,52, Götting 440,40, Oberstein 429,23, Stettin 244,64, Genthin 265,45, Erding 209,20, St.-Neuenhof 178,43, Weidberg 92,20, Schmiegel 24,66, Hannover 1759,07, Minden 1697,06, Schopfloh 1027,13, Bruchmühl 614,32, Rensburg a. b. Saale 360,99, Gr.-Minden 327,40, Gr.-Riemort 332,35, Metz 299,35, Elster 223,60, Wriezen 98,03, Fergheim 90,10, Neuenhagen 82,02, Neuenwerder 75,32, Neumarkt i. Bayern 68,22, Weidenburg i. Bayern 66, Rissenbrück 61,20, Bayreuth 785, Götting 18,90, Furtmann 18,80, Erlangen 758,01, Freyhan 546,81, Seib i. B. 535,98, Kaimore 263,60, Fergheim 178,43, Rottenburg a. Frhm. 134, Neustadt 111,70, Jellin 81,21, Weidberg 74,66, Weidberg 617,99, Stettin 301, Weidenhagen 193,76, Götting 177,50, Weidmühl 134,17, Weidmühl 70, Hof 33,48, Eberswalde 633, Oberjuch 487,87, Fergheim 405,97, Götting 205,22, Mlow 84,50, Oberjuch 51,24, Weidberg 50,20, St.-Schönebeck 15,60, Rensburg i. Gellenschen 600, Walle i. B. 800, Götting 600, Karlsruhe 600, Frankfurt a. b. O. 500, Neuenhagen 220, D. 125, Hamburg 8500, Danzig 2000, Chemnitz 800, Weidenberge 300, Erfurt 200, Stettin 200, Weidenburg 185, Fergheim 200, Neuenhagen 240, D. 211,89, Weidmühl 272,99, Auf 271,18, Landschütz 240, Götting 261,80, Götting 949,78, Weidmühl 147, Weidmühl 67,28, Trittau 68,08, Döberan 8,04, Schöpfeloh 6,12, Stettin 6,12, Döberan 800, Fergheim 800, Bremerhaven 675, Weidmühl-Weid 800, Jellin 500, Karlsruhe 500, Jena 400, Marzahnstadt 200.

b) Für Kalender.

Langenberg (Reich) M. 12,50, Götting 12,50, Neuenhammer 7,50, Schönebeck 25, D. 10, Rosenheim 15, Stettin 20, Gr.-Minden 7,50, Gr.-Weiden 10, Rensburg 15, Bayreuth 25, Weidenbühl 15, Stettin 25, Weidenhagen 5, Minden 15, Hannover 850, Oberjuch 10, Rensburg 5, Landschütz 25, Weidmühl 8, Bremerhaven 125, Jellin 25, Barmen 200, Schweinfurt 25, Döberan 7,50.

c) Für Futterale.

Genthin M. 3, Erding 1, Gr.-Riemort 1, Freyhan 7,50, Oberjuch 8, Götting 10, Schwarzenberg 5.

d) Für Protokolle vom neunten Verbandstag in Eöln. Weiden M. 1, Götting 1, Stettin 1, Bruchmühl 1, Weidenhagen 3, Götting 81, St.-Schönebeck 1, Deutsch Wissa 9.

e) Statistik und Reiseverträge.

Stettin, Bruchmühl, Gr.-Minden, Freyhan, Rottowig je M. 5.

f) Bericht der Bauarbeiter-Kommision.

Stettin, Genthin, Schmiegel, Bruchmühl, Bayreuth, Weidmühl, Rottowig, St.-Schönebeck, Weidmühl, Stettin je 70 1/2.

g) Grundsteineinband.

Cassel M. 4.

h) Arbeit und Kultur.

Düsseldorf M. 8,40, Bayreuth 7,50.

i) „Mahnwort“.

Stettin M. 2,50, Bruchmühl 5, Freyhan 5, Osterburg 5, Bayreuth 5, Rottowig 10.

Berichtigung. In Nr. 44 des „Grundstein“ für Beiträge und Eintrittsgelder, Zeile 55, muß es heißen statt Siegen 413,45: Siegen 413,45.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu-gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, und in voriger Woche das Wahlprotokoll eingelesen haben, und denen nicht betreffend eine andere Mitteilung geworden ist.

Mit verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Alfred Hübner (Lunden (Verb.-Nr. 107 698), Joh. Reine (15 533), K. Kollhof (125 948), W. G. Slany (216 803), Karl Jahnke (281 224), Fritz Adler-Dortmund (449 388), Joh. Drabich-Widau (478 744), Paul Schuster-Spremburg (439 961), Joh. Kollmann-Sachwitz (353 713), Balz Stodt-Rort (335 607), Gottl. Hermann-Kuttlings (373 821), Fritz Güter-Schornberg (155 643), Hermann-Laub-Drehschneid (184 207), Max Kaufmann-Naumburg (89 187), Franz Gubitz-Weg (408 999), W. H. Schöne-Großhain (379 959), Hans Möhne-Demmin (342 148), Otto Lennert-Bodwig (440 071), Peter Böder-Söln (281 479), W. H. Gassen-Söln (308 727), Joh. Meimers-Wiel (33 808), St. Seydow-Polen (474 946), G. Meyerling (397 654), W. H. Japp-Düffeldorf (392 703), Ernst Gerlich-Neuhardenberg (237 134), Peter Salomon-Frankfurt a. M. (191 296), Max Selbig-Dresden (408 298), R. H. Knoblauch-Dresden (145 089), Ernst Stölzer-Dresden (144 506), H. Böller-Lima (449 840), Ant. Andel-Ghemmitz (391 147), Hermann Kölsch-Ghemmitz (383 480), H. Wischmann-Odenburg i. Gr. (137 935), Franz Kaiser-Kattowitz (354 366), Joh. Friedrich-Suttgrat (389 936).

Gefunden wurde eine Briefschale mit Militärpaß und anderen Papieren, auf den Namen Karl Kupper aus Wehlau laudend. Abzuholen im Verbandsbureau Herne, Mont-Geulstraße 22.

Ausgeschlossenen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Erfurt: Franz Gehland (67 430), Fritz Wipper (67 167), Eduard Wipper (113 743), Rudolf Wäse (67 137), Karl Schmidt (67 332), Heinrich Kruse (67 884), Fritz Hubert (253 878), Albert Schmidt (118 971), Johann Wöhl (253 804), Ottomar Sauer (405 846), Ludwig Göttert (67 200), Lorenz Haase (67 233), W. H. Rothe (113 789), Hermann Wallroth (67 232), Ferdinand Gröhl (67 152), Christian Wäbel (253 037), Karl Wäbel (113 895), Richard Göpp (113 742), Heinrich Schauburg (253 434), Ludwig Wirt (253 511), Arno Freytag (67 257), Friedr. Wiegand (67 302), Fritz Döring (67 251), Hugo Treßlich (67 185), Aug. Bornmann (67 160), Emil Gentel (253 571), Alfred Wagner (253 566), Adam Weate (405 333), Albert Schuchardt (113 637), Louis Fickel (113 648), Julius Fleming (253 276), Otto Schütz (67 194), Louis Weinbörner (67 139), Fritz Henze (253 254), Wilhelm Conradi (154 551), Meinhold Schmidt (113 787), Julius Zehle (67 273), Georg Zimmermann (67 127), Karl Wäse (405 435), Otto Müller (71 039), Johann Müller (67 438), Hermann Stodach (67 148), Ernst Vengels (67 271), Theodor Sempel (123 753), Hermann Drimmann (113 672), Richard Müller (67 230), Karl Schmidt (113 910), Viktorus Dünne (253 373), Karl Stodach (67 177), Otto Gerold (67 296), Hermann Vogel (67 254), Hermann Dinnel (67 170), Bernhard Sehl (67 125), Hermann Wilmshausen (67 450), Ernst Lorenz (253 089), Ernst Waldbauer (405 339), Emil König (113 774), Alwin Gensat (67 322), Adolf Müller (67 192), Karl Albert Müller (67 209), Karl Höde (113 999), Edmund Wäse (113 825), Heinrich Wäse (67 256), Albert Hartleb (253 066), Eduard Schmidt (67 404), Oskar Hansburg (113 831), Ernst Gries (253 357), Martin Stadel (113 732), Otto Ehrlich (67 455), Goshwin Engel (253 594), Edwin Engel (253 349), Oskar Mühlbach (113 623), Karl Müller (113 814), August Wäse (253 192), Karl Wäse (253 461), Karl Wäse (253 140), Otto Wäse (405 274), Otto Schwarzenberg (253 170), Otto Wäse (67 214), Karl Wäse (253 471), Robert Schmidt (67 343), Arthur Weinschütz (422 587), Karl Stammer (253 515), Hugo Geisler (67 362), Wilhelm Naabard (123 773), C. A. P. H. Friedrich Moritz (155 329), Frankfurt-Sachsenhamm: Karl Sattler I (191 578), Karl Sattler II (191 577), Anton Sattler (191 579), Heinrich Klemm (273 258), Chemnitz: Emil Reibig (249 166), J. Angersleben: Otto Glaser (406 284), B. A. H. Ernst Neumann (355 606), Hermann Richter (84 271), Wilhelm Lehmann (355 509), Stettin: Franz Timmat (46 061), B. Eisenhütte: H. Heims (108 343).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Hamm: Otto Schulze, geb. am 30. Oktober 1888 zu Holslau, Max Voigt, geboren am 1. Oktober 1888 zu Gienberg (Verb.-Nr. 404 016); Camburg: Alf. Dieke, geb. am 19. März 1888 zu Camburg (381 381); Lübeck: W. Wäse, geb. am 13. Juli 1888 zu Camburg (353 499); Osnabrück: Georg Winter, geb. am 10. März 1884 zu Bremen (427 171).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.

Berichtigung. Der von Jena gesuchte Kollege Oskar Herzog ist nicht am 7. Januar 1870, sondern am 9. Januar 1890 zu Weichenitz bei Jena geboren.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Veranlassungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Das Ergebnis der Abstimmung im Stuhlkateurenverband

Aber den Anschlag an unsere Organisation wird denen eine schmerzliche Enttäuschung bringen, die den Zusammenschluß der baugewerblichen Arbeiterorganisationen für notwendig halten. Von den 7008 stimmberechtigten Mitgliedern stimmten insgesamt 6612. Davon waren für den

Anschlag 2127, dagegen aber mehr als doppelt soviel: 4434; 61 Stimmen waren ungültig. Von den großen Zählstellen, Berlin, Hamburg, Nürnberg, Düsseldorf, hatte keine eine Mehrheit für den Anschlag. Im Ruhrgebiet dagegen haben sich alle bedeutenderen Orte dafür erklärt, zum Teil mit großen Mehrheiten. Diese gaben aber nicht den Ausschlag.

Damit ist diese Frage auf absehbare Zeit erledigt; denn man darf kaum hoffen, daß sich die Ansichten unter den Stuhlkateuren so bald wandeln werden. Im übrigen aber wollen wir nicht verhehlen, daß unseres Erachtens nicht eine reise und festbegründete Ueberzeugung, sondern ein engherziger und eigensinniger Kantönlgeist, ein gewerbliger Partikularismus, zu diesem Resultat geführt hat.

Zur gewerkschaftlichen Einigung. Es gewinnt den Anschein, als ob es jetzt endlich zu einer Einigung mit den lokalistischen Gewerkschaften kommen sollte. Bei den Zimmerern dürfte sich die Sache bald entscheiden. In der freien Vereinigung der Maurer-Deutschlands geht die Frage nun ebenfalls ihrer Lösung entgegen. Im Ortsverein Berlin ist folgende Resolution angenommen worden:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem jetzigen Stand der Einigungsversuche des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, die die Zusammenführung der Gewerkschaften bezwecken, und erklärt analog den Beschlüssen des 6. Kongresses und der 13. Konferenz für eine Einigung der deutschen Maurer zu sein. Sie ist mit der vorläufigen Antwort der Geschäftsleitung, die dem Parteivorstand und der Geschäftskommission gegeben wurde, einverstanden und erwartet von der Geschäftsleitung, falls es zu Verhandlungen kommen sollte, daß sie daran teilnimmt, dabei den wahren Charakter der Organisation zur Geltung zu bringen versucht und dahin wirkt, daß den verschiedenen örtlichen Verhältnissen Rechnung getragen wird.“

Die Geschäftsleitung ist jedoch nicht befugt, über die Mitglieder hinweg bindende Abmachungen mit dem Zentralverband zu treffen, sie hat vielmehr das Resultat etwaiger Einigungsverhandlungen den Ortsvereinen auf einer zu diesem Zweck einberufenen Konferenz zur Entscheidung vorzulegen. Diese Resolution hat nur dann für die gesamte Vereinigung Gültigkeit, wenn die Mehrzahl der Ortsvereine im selben Sinne beschließt. Nur in diesem Falle ist der Geschäftsleitung und dem Parteivorstand mitzuteilen, daß die freie Vereinigung der Maurer Deutschlands zu Verhandlungen bereit sei.

Sieht die Mehrzahl der Ortsvereine auf einem gegenseitigen Standpunkt, so sind die Verhandlungen zwecks Einigung der Gewerkschaften als endgültig erledigt zu erachten.“

Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit berichtet die Geschäftsleitung in Nr. 44 der „Einigkeit“, daß folgende Ortsvereine der Resolution zugestimmt haben:

Baden, Berlin, Barmen, Wiesenthal, Weslau, Freyburg, Friedrichshagen, Grünberg, Haffelsdorf, Herfeld, Herten, Jüterbog, Königsberg, Gr. Lichterfeld, Liepzig, Meiersberg, Rauen, Regenwalde, Ribbenorf, Straßburg, Spandau, Schönwalde und Wernigerode.

Abgelehnt ist die Resolution von Hagen, Münden und Düsseldorf.

Die Einigungsverhandlungen werden voraussichtlich Ende November stattfinden. Zum 27. und 28. Dezember ist eine Konferenz der freien Vereinigung nach Berlin einberufen, die dann endgültig beschließen soll.

Chemnitz. Eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung tagte hier Mittwoch, den 23. Oktober. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Alexander Sager wurde durch Erheben von den Plänen geehrt. Der Reichstagsabgeordnete Gustav Noske hielt einen Vortrag über gewerkschaftliche Ausblicke. Er schilderte den übertriebenen Luxus der bestehenden Klassen, wie sie in herrlichen Villen und Palästen von allem möglichen Luxus umgeben, in gesunder Luft wohnen, während die Arbeiter in verfallenen Mietshäusern, wo sie fast noch unerschwingliche Mieten bezahlen müssen, ihr kümmerliches Dasein fristen. Er führte noch an, daß in dümmster Weise auf die Arbeiter eingedrungen wird, daß sie nur von den Arbeiterführern aufgebracht würden, die es nicht wollten, daß die Arbeiter zufrieden sind, und schilderte in begeisterten Worten, daß es nichts schöneres und erhabeneres geben kann, als wenn man sein ganzes Denken und Trachten darauf setzt, die Arbeiterhaft aufzuklären. Er kam noch auf das Kinderelend zu sprechen, daß herausgegeben wurde, weil bei den Rekrutenausshebungen immer weniger gesunde und kräftige Männer wurden, ferner auf das Kranken- und Invaliditätsgesetz, das herausgegeben wurde, weil man die Unzufriedenheit der Arbeiter fürchtete. Weiter kam noch auf die Lebensmittelpreise zu sprechen, die immer höher steigen und begründete es damit, daß immer mehr Menschen auf der Welt werden, der Boden aber nicht vermehrt werden kann; ferner führte er noch an, daß die gute Geschäftsperiode schon langsam ihrem Ende zugeht und die Zeit nicht mehr fern ist, wo die Unternehmer die Arbeit herunterdrücken werden. Dann werden die Arbeiter erst den Nutzen der Tarifverträge kennen-lernen. Zudem er noch auf die gelben Gewerkschaften hingewiesen hatte, die sich die Unternehmer zu gründen versuchen, um in allen Fällen eine bestimmte Anzahl Streikbrecher zu haben, schloß

er seinen anderthalbstündigen Vortrag: „Dem Referenten wurde kürzlicher Beifall gezollt.“ Unter „Gewerkschaftliches“, gab Kollege Gajch der Versammlung bekannt, daß er vom 15. November bis 10. Dezember an dem von der Generalkommission veranfaßten Unterrichtskursus in Berlin teilnehmen werde. Kollege Klügel wurde als sein Stellvertreter gewählt. Der Kollege Reibig aus Hartau wurde auf Antrag des Vertrauensmannes einstimmig aus dem Verbande ausgeschlossen. Ein Antrag des Kollegen Bachmann, A 200 zur Erweiterung der Bibliothek aus der Kassa zu bewilligen, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag des Kollegen Wedert, die Kollegen, die infolge der Lohnbewegung eine Freiheitsstrafe von mehr als vierzehn Tagen zu verbüßen hatten, pro Woche mit A 5 aus der Kassa zu unterstützen, wurde ebenfalls angenommen. Nachdem der Vorleser die Anwesenden noch aufgefordert hatte, auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiete ihren Pflichten nachzukommen und agitatorisch tätig zu sein, schloß er die Versammlung.

Quisburg. Samstag, den 19. Oktober, fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Woytisch verlas die Abrechnung; diese ergab eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von A 4532,50. Die Kassa hatte eine Einnahme von A 2386,70, dagegen eine Ausgabe von A 782,36, mithin Kassenbestand A 1604,43. Davon sind per Wirt belegt A 1215,93. Der Kassier bemängelte bei seinem Bericht, daß ein großer Teil der Kollegen gegenüber den Extrabeträgen sehr käuig ist. Der Vorleser, Kollege Ramin, ergänzte den Bericht dahin, daß die Einnahmen in dem verfloßenen Quartal die des dritten Quartals im Vorjahre um A 148 übersteigen; das wäre ein Beweis dafür, daß die Kollegen sich mehr als bisher der Organisation widmen haben. Er ermahnte die Kollegen, in Anbetracht der bevorstehenden Kämpfe ihre ganze Kraft dem Zweigverein zur Verfügung zu stellen, dann könnten wir getrostes Mutes der Zukunft entgegengehen. Dann hielt Kollege Obermeyer aus Essen seinen Vortrag. Zu klarer, verständlicher Weise schilderte er das ganze kapitalistische System und seine Wirkung. Die augenblicklich sich im Anfangsstadium befindende Krise, die sich auch im Baugewerbe sehr bemerkbar mache, werde von den Unternehmern dazu benutzt, uns zu schädigen; daher bedürfe es eifriger Agitation, bis der letzte Mann dem Zentralverbande beigetreten ist. Dieser Beifall wurde dem Redner zu teil. Den Kollegen des Zweigvereins möchten wir recht eifrig ins Geheiß reden, besser als bisher die Versammlungen zu besuchen. Gerade in dem Augenblick, wo uns Gefahr droht, in unseren Rechten beschnitten zu werden, bedarf es des einmütigen Zusammenhaltens sämtlicher Kollegen. Möge jeder Kollege dieses beherzigen!

Erfurt. Donnerstag, den 24. Oktober, fand die von circa 450 Kollegen besuchte dritte Generalversammlung des Zweigvereins statt. Der Kassier verlas zuerst die Abrechnung von unserem diesjährigen Lohnkampfe. Die Einnahme und Ausgabe stellten sich auf A 135 491,43. Es wurden ausgegahlt für Streikunterstützung A 119 510,34, für Reiseunterstützung A 2147,41, und für Reiseunterstützung aus Mitteln der Kassa A 11 414,50. Die Abrechnung für den Zweigverein ergab eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von A 65 490,90, und für die Kassa von A 7231,09. Für Extrabeträge wurden einbezogen A 594,70. Für sämtliche Abrechnungen wurde dem Kassier auf Antrag der Redatoren einstimmig Bescheid erteilt. Nunmehr befaßte sich die Versammlung mit der Einführung eines Lokalzuschlages. Der Vorleser führte dazu aus, daß nun wohl alle Kollegen, die in den letzten Jahren Gegner eines Lokalzuschlages waren, durch die Lohnbewegung von ihrer falschen Ansicht befreit seien und wohl nicht wieder fragen würden, zu welchem Zwecke Lokalzuschlag gesammelt würde. Gätten die Kollegen in der verfloßenen Zeit immer nur den Vorschlägen der Leitungen in bezug auf Lokalzuschlag zugestimmt, so wäre dies für sie zum größten Vorteile gewesen. Es sei nunmehr unsere Pflicht, diese Fehler ein für allemal zu beseitigen. Da nun der Kampf zu Ende sei, dürften wir die Hände nicht in den Schoß legen und zusehen, was die Zukunft bringen wird, sondern es müsse mit neuem Eifer daran gegangen werden, unser Rüstzeug zu schärfen und die Organisation auszubauen, sowie auch dafür Sorge zu tragen, daß die Kassa, die leer geworden sei, wieder gefüllt werde. Zum Krieg führen gehöre Geld und nochmals Geld, und nur der sei der Stärkere, der über die meisten Geldmittel verfüge; deshalb beantragte der Vorstand die Einführung eines Lokalzuschlages von wöchentlich 10 A, zahlbar für das ganze Jahr von der 36. Beitragswoche dieses Jahres an. Ueber diesen Vorschlag entspann sich eine rege Diskussion, in der mehrere Redner für einen noch höheren Lokalzuschlag eintraten, andererseits wurde aber auch wieder empfohlen, den Antrag des Vorstandes anzunehmen. Nach Schluß der Debatte wurde der Antrag des Vorstandes dann einstimmig angenommen. Hierauf machte der Vorleser die Kollegen auf die Bestimmungen des Statuts § 15 Abs. 6 ganz besonders aufmerksam, da sonst die, die diesen Bestimmungen nicht nachkämen, der Vergütigungen des § 4 c verlustig gingen. Deswegen sei es dringend notwendig, daß auf allen Bauten wieder Baulegierte gestellt würden, damit eine Kontrolle der Verbandsbücher vorgenommen würde. Zu der am ersten Dienstag im November wieder stattfindenden Baulegiertenliste sei außerdem das Erscheinen sämtlicher Baulegierten wegen wichtiger Angelegenheiten dringend notwendig; jeder Bau müsse vertreten sein. Hierauf machte ein Kollege darauf aufmerksam, daß eine örtliche Gewerkschaft hier im Entstehen begriffen sei, und daß es daher angebracht sei, Vorträge über das Wesen derselben halten zu lassen.

Camburg. Die Sektion der Plattenarbeiter hielt ihre Mitgliederversammlung am 23. Oktober bei Hilmer ab. Den Bericht der Kommission über den Antrag auf der Konferenz der Plattenarbeiter erstattete Weber. Er führte aus, daß die Sektion sich etwa fünf bis zehn Jahren mit Anträgen an den Zweigverein befaßte, um etwas mehr Selbständigkeit zu erhalten, was aber immer abgelehnt worden sei. Dies habe selbstverständlich nicht zum Nutzen der Sektion beigetragen. Es sei notwendig, sich die Stellung zu erwirken, die zu einer gesunden Entwicklung der Sektion nötig ist. Es sei nun an der Zeit, die Forderungen zu

wiederholen und, wenn nötig, Einträge der in nächster Zeit stattfindenden Plattenanfertigerkonferenz zu unterbreiten. Nach lebhafter Debatte wurden sämtliche von der Kommission ausgearbeiteten Anträge angenommen. Sie lauten: Die Session der Plattenanfertiger beantragt, daß den Sectionen der Plattenanfertiger (Plattenleger) dieselben Rechte eingeräumt werden, wie solche die Zahlstellen der Zweigvereine besitzen. Hiernach muß insbesondere den Sectionen das Recht zugeteilt werden: 1. Daß ein besonderes Mitgliederverzeichnis für die Section geführt wird. Jedes Mitglied des Zweigvereins, das in einem Spezialgeschäft mit Anfertigen oder Fußbodenlegen beschäftigt ist, muß der Section als Mitglied beitreten. Die An- und Abmeldung als Sectionsmitglied erfolgt nach Bestimmungen, die der Zweigverein erläßt. 2. Die Section erhält von den statutarisch festgesetzten Wochenbeiträgen 10 pSt. zur Deduktion der Unkosten, die bei Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben entstehen. Ein von den Mitgliedern der Section gezogener Zuschlagsbeitrag, der über die im allgemeinen im Zweigverein bestehende Norm hinausgeht, verbleibt in der Verwaltung der Section. 3. Der im Lohnsatz für Plattenanfertiger festgesetzte Stundenlohn ist gleichgültig für alle Mitglieder des Zweigvereins maßgebend, soweit sie mit Arbeiten beschäftigt sind, die allgemein als Spezialarbeiten für Plattenanfertiger angesehen werden. Bei Arbeiten von ganz geringem Umfang und kleinen Reparaturarbeiten sind Ausnahmen gestattet. 4. Bei etwaigen Differenzen, die sich aus den Bestimmungen des Lohns und Arbeitsstärks resp. dessen Auslegung ergeben, oder bei vorgekommener Maßregelung, hat die Section das Recht, nachdem eine gütliche Vereinbarung mit den Unternehmern nicht möglich war, über einzelne Betriebe die Sperre zu verhängen. Die nachträgliche Zustimmung des Zweigvereinsvorstandes ist einzuholen. Im anderen Falle hat die Sectionskasse die Kosten der Sperre selbst zu tragen. 5. Der Ausschluß von Mitgliedern aus der Section kann vorläufig erfolgen nach Maßgabe des § 37 b des Verbandsstatuts. Der Beschluß auf Ausschluß bedarf der Bestätigung einer Zweigvereinsversammlung.

Kranowitz, D.-Schl. Der Wunsch der Kapitalisten und ihrer Helfer, unsere Organisation in Kranowitz zu verzerren, ist trotz lebhaften Bemühens der Herren nicht in Erfüllung gegangen. Mit allerlei Redensarten und Belästigungen arbeitete man gegen uns. Aber es war doch umsonst. Selbst der Pfarrer stellte sich als Agitator für die Kadaverhaltung an der Spitze der uns entgegenwirkenden Mächte. Es kam auch zur Gründung einer Kadaverhaltung, und als diese erst da war, mußte auch eine Fahne herbei. Ihre Einweihung war eine große Feier, bei der der Herr Pfarrer sein ganzes Licht leuchten ließ. Wie groß war die Kadaverhaltung und wie klein der Zentralverband. Nachher wurden auch Fahnenträger gewählt. Man unterließ es aber, sie zu vereinen, und darum wurden sie untreu und gingen mit der Fahne zum Zentralverband über, zu dem sie übrigens immer gehört hätten. Die Kapitalisten und ihre Helfer, Laien wie Geistliche, sind natürlich sehr misznützig, daß der letzte Vereinstagsversuch wieder so schlecht gelungen ist wie die anderen. Wir aber freuen uns und werden weiter fest und treu zum Zentralverband halten, weil wir wissen, daß nur der unsere Interessen vertreten kann.

Laucha. Den 20. Oktober tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Bille erstattete zunächst den Kassienbericht, der von den Revisoren revidiert und für richtig befunden worden war. Die Abrechnung ergab eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von M 111,30; die Einnahme der Lokalkasse betrug M 24,66, die Ausgabe M 7,05, mithin Kassienbestand M 17,61. Darauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Kollege Bille führte hierauf aus, daß er eine Statistik aufgenommen habe, um einmal konstatieren zu können, wieviel Geisteskräfte Sommer hier beschäftigt gewesen und was für Löhne sie erhalten hätten. Die Statistik ergab folgendes: Beschäftigt waren 47 Personen bei drei Unternehmern, davon in Laucha wohnhaft 35, die anderen 12 verteilen sich auf die umliegenden Dörfer; 6 waren auswärts beschäftigt. Stundenlohn erhielt 1 Geistle 24½ p, 1 Geistle 25 p, 1 Geistle 25½ p, 1 Geistle 26 p, 9 Geisteln 20½ p, 13 Geisteln 30 p, 17 Geisteln 31 p, 1 Geistle 32 p, 8 Geisteln 33 p. Die Arbeitszeit betrug elf Stunden. Mehrere verbreiteten sich dann eingehend über die Lohnfrage und forderten zum Schluß die Kollegen auf, kräftig für den Verband zu agitieren, damit endlich einmal mit der Mißwirtschaft gründlich aufgeräumt werde. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Rathe, Bille und Wurzel. Er dann wurde eine Lohnkommission gewählt und beauftragt, eine Tarif ausgearbeiten, der dann im Laufe des Winters den Meistern unterbreitet werden soll. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, wonach in den drei Wintermonaten ein Lokalfondsbeitrag von 10 s zu zahlen ist.

Lauburg a. d. Elbe. Sonntag, den 27. Oktober, tagte unsere Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Die Gewerkschaftsbewegung und ihre kulturelle Bedeutung. Kollege Weid erläuterte in längeren Ausführungen das auf der Tagesordnung stehende Thema und ermahnte die Kollegen, sich immer fester der gewerkschaftlichen wie der politischen Organisation anzuschließen. In Verhinderung wurde vom Kollegen Weid als Delegierten vom Gewerkschaftsrat berichtet, daß diesen Winter verschiedene Unterhaltungsabende stattfinden werden, z. B. ein Neuter- und ein Laube-Abend. Ferner soll auch noch die Gärtnerei Theatergesellschaft für einige Abende gewonnen werden.

Leipzig. Am 22. Oktober fand im „Vollshaus“ eine öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege Bauerfeld sprach über seine Erfahrungen bei der unteren Verwaltungsbehörde für Inwalidenversicherung. Den Bericht des Agitationskomitees erstattete Kollege Busch. Bei der Neuwahl wurden die Kollegen Busch, Bauerfeld und Nicht gewählt. Unter inneren Berufsanforderungen berichtete Kollege Berthold über gelperrte Bauten. Er ersuchte die Kollegen, nicht eher auf einem gelperrten Bau in Arbeit zu treten, bis der richtige Lohn gezahlt ist. Von einer geringen Majorität wurde noch zum Bauarbeiterschutz eine

Resolution angenommen, die besagt, daß die Kollegen im Prinzip mit der Anstellung eines Arbeiterkontrollierers einverstanden sind, sie zur Zeit aber noch nicht für durchführbar erachten.

Mannheim. Die Mitgliederzahl des Zweigvereins betrug am Schluß des dritten Quartals 3343, oder 110 weniger als im letzten Quartal. Der größte Teil der fremden Kollegen ist abgereist, daher der Rückgang. In Ludwigshafen ist die Bautätigkeit ziemlich abgeklungen, jedoch durch die Bauzeit der Anilinfabrik ein Ausgleich geschaffen. In Dürkheim und Frankenthal liegt die Bautätigkeit völlig darnieder. In Worms, Heppenheim und Ladenburg liegt die Sache besser. In Mannheim ist die Bautätigkeit immer noch günstig; ein Teil unserer Pfälzer Kollegen mußte in Mannheim Arbeit nehmen. Da diese Kollegen stark zum Afford neigen, so muß mit Bedauern berichtet werden, daß die Affordarbeit eine Zunahme erfahren hat und die Mannheimer Kollegen geradezu zum Afford genötigt wurden. Im Laufe des zweiten Quartals wurde eine Agitationstour zum Kampf gegen die Affordarbeit unternommen in der Hoffnung, bei Aufstellung der Forderungen zu einem günstigen Resultat zu kommen. Auch in den Sitzungen auf den Bauten ist fester auf die schädliche Wirkung der Affordarbeit hingewiesen worden; selbst in den Versammlungen haben sich die Kollegen in der schärften Weise gegen die Affordarbeit ausgesprochen. Nicht man nur daraus einen Schluß, so ist zu konstatieren, daß die Agitation nicht den erhofften Erfolg brachte. Wann können unsere Kollegen zur Vernunft? In Grünhof und Worms ist ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Trotz aller Mühe geht es in Grünhof nicht vorwärts, die Organisation ist dort ein Laubenschlag. Die Arbeitslosigkeit, die größtenteils auf dem Lande herrscht, liegt und der Gedanke, die Verbandsbeiträge zu zahlen, wirken dahin, diese Kollegen von der Organisation fernzuhalten, obwohl der Lohn auf einer sehr niedrigen Stufe liegt. In Worms beschäftigen sich die Kollegen im allgemeinen nur mit persönlichen Sachen, indessen wird dort das Verbandsmitglied heftig gelächelt und der Unternehmer bleibt der lachende Dritte. Frankenthal bietet hierzu schon längst ein Beispiel. Hier darf man sich noch ein sehr großes Bild vorstellen. Unter der Last des Exzessbeitrages (X) wollte mancher Kollege fast aufhören, jedoch der vernünftige Teil hat eingesehen, daß der Exzessbeitrag notwendig ist. Es ist auch heute zu verzeichnen, daß weitaus der größte Teil der Kollegen den Exzessbeitrag bezahlt hat. Der Zweigvereinsvorstand ist in der besten Lage, daß das zum Schluß der Beitragszahlung der letzte Kollege seinen Exzessbeitrag entrichtet. An dieser Stelle wollen wir nicht verfehlen, die Zahlstellen und Sectionen darauf aufmerksam zu machen, daß jedes Jahr gleich nach Beitragszahlung, also aufwärts Dezember, die Mitgliederbücher eingegossen und zur Kontrolle auf dem Zweigvereinsbureau vorgelegt werden müssen. Die Plattenleger haben sich uns als Section angeschlossen. Im ganzen fanden zwei Generalversammlungen und 35 Versammlungen in den Zahlstellen mit Referenten statt; ferner tagten 41 Platzversammlungen; außerdem 13 Sitzungen, 3 Vandalenversammlungen, 2 Sitzungen der Schlichtungskommission. Wegen Differenzen um die Verbandsbeiträge in 15 Fällen bei Unternehmern vorliegend werden. Die Differenz in der Zahlstelle Heppenheim ist durch den Zweigvereinsvorstand beigelegt worden. Lohnbewegungen im dritten Quartal sind außer zwei Sperren zwei zu verzeichnen. Die Bewegung in der Anilinfabrik ist beendet. Die Plattenleger haben ihren Unternehmern bereits Forderungen überreicht. Zum Schluß ist noch zu bemerken, daß die Zärie für Mannheims-Ludwigshafen, Dagersheim, Heppenheim, Grünhof und Sandhofen am 31. Dezember dieses Jahres gefälligst werden müssen. Die Einnahme und Ausgabe stellt sich wie folgt: Einnahme der Hauptkasse: Verkauft wurden im dritten Quartal 128 Eintrittsmarken M 90, 42 277 Beitragsmarken 22 151,90; Summa M 22 241,90. Ausgabe für die Hauptkasse: Für Eintritt M 15,12, für Mitternachtskassen 7,50, für Reichsbeitrag 217,20, für Krankenversicherung 229,35, für Sterbeunterstützung 312,50, Projekte an den Zweigverein 5530,91; Summa M 8313,58. An die Hauptkasse abgekauft M 13898,32. Einnahme der Lokalkasse M 16 169,28, Ausgabe des Zweigvereins 6012,68, Kassienbestand M 10 446,60.

Birna. Am 17. Oktober tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung. Zunächst gab Kollege Herr die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt. Es ergab eine Einnahme für die Lokalkasse von M 3341,27, eine Ausgabe von M 560,45, und einen Kassienbestand von M 2780,82. An Exzessbeiträgen sind eingegangen 984 s 40 p und 594 s 30 p. Summa M 571,80. Zu obiger Abrechnung erklärte Weber, daß in diesem Quartal sehr wenig „Grundstein“-marken entnommen worden seien. Auf den Antrag, einmal einen wissenschaftlichen Vortrag halten zu lassen, erklärte Friedrich, daß zu Anfang nächsten Jahres Kollege Silberfeld in den Dresdener Bau käme und an verschiedenen Orten Vorträge halten werde. Bei demnächst in Mägeln arbeiten die Kollegen Forstert, Körner und Günther in Afford (die betreffenden Kollegen arbeiteten nur weiter, ob in Afford, ist nicht erwiesen, sie bestreiten es), nachdem erst wegen Verweigerung dieser Arbeit neben Kollegen abgelehnt worden waren. Diesen drei Kollegen wurde eine scharfe Rüge zu teil. Es ist höchst zu bedauern, wenn gerade jetzt, wo die Vertragsverhandlungen schon eingeleitet sind, solche Versammlungsbeschlüsse von einigen Kollegen in den Hof getreten werden; sie erschweren der Lohnkommission ganz besonders bei den Verhandlungen die Aufrechterhaltung eines annehmbareren Paragraphen über die Affordarbeit. Kollege fragt, ob die Meistanten bezahlt haben und verlangt, daß deren Namen nochmals gelesen werden. Dieses konnte nicht stattfinden, da die Liste nicht vorhanden war. Hierauf wurde beschlossen, Sonnabend, den 9. November, ein Herbstversammlungen abzuhalten.

Plauen i. V. Mittwoch, den 23. Oktober, tagte hier eine außerordentliche öffentliche Maurerverammlung, die trotz aller Agitation ein recht interesseloses Bild zeigte. Die Tagesordnung lautete: Abänderung des in der Maurerverammlung vom 16. Oktober gefassten Beschlusses, betreffend Ausschluß der in Afford arbeitenden Kollegen. Kollege Schmidt führte aus, daß die Affordarbeit durch Beschluß nicht von heute auf morgen aus der Plauer Maurerschaft ausgerottet werden könne, da die Interesslosigkeit der Kollegen zu groß sei. Kollege Schmidt beantragte schließlich nach längerem Ausführungen folgende Resolution: „Die am 23. Oktober tagende Versammlung

erkennt an, daß die Affordarbeit mehr als jede andere Lehnarbeit dazu angetan ist, die Vergütung der Arbeitskraft zu fördern, sowie die Solidarität der Arbeiter zu gefährden. Um die Ueberbahrung der Affordarbeit zu hindern, erklärt die Versammlung, daß die Kollegen auf alle Fälle die Annahme von Affordarbeit verweigern müssen. In den Fällen, wo Gefahr besteht, daß die Ueberbahrung von Affordarbeit unsere Kollegen durch indifferente Maurer verdrängt werden könnten, kann mit vorheriger Genehmigung der Verwaltung Affordarbeit ausgeführt werden. Die Versammlung erklärt jedoch, daß die Kollegen zunächst dahin zu wirken haben, daß eine namhafte Mehrleistung nicht zu verzeichnen ist. In den Fällen, wo die Kollegen trotzdem einen Ueberlohn erzielen, haben sie bei einem Betrage bis zu M 25 20 pSt., von dem M 25 übersteigenden Betrag 50 pSt. an die Lokalkasse abzuliefern. Der Vandalenbeitrag hat für die prompte Ablieferung dieser Beiträge. Ueber den abgelieferten Betrag wird im Mitgliedsbuch quittiert.“ Kollege Martini stellte den Antrag, den Beschluß vom 16. Oktober aufzuheben; der Antrag wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Die Resolution des Kollegen Schmidt wurde gegen drei Stimmen angenommen.

Postdam. Die letzte (wann war die?) Mitgliederversammlung beschäftigte sich zum wiederholten Male mit den Exzessbeiträgen, da sie von der Mehrzahl der Mitglieder noch nicht entrichtet worden sind. Vom Vorsitzenden wurde auf die Folgen beim Nichtzahlen des Exzessbeitrages aufmerksam gemacht. Wenn auch die größte Zahl der Mitglieder der Ansicht ist, diese Beiträge seien zu Unrecht erhoben, so könnten sie diesmal doch nicht umhin, auf den letzten April zu beugen; denn der Standpunkt, auf den sich die Mehrzahl stellt, züßig abzuwarten, bis Inanspruchnahmen eintreten, sei verfehlt. Das einzige sei, bei dem nächsten Verbandstage die Augen besser zu öffnen und für annehmbarere Anträge einzutreten. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab folgendes Bild: Hauptkasse: Einnahme M 4428,05, Ausgabe M 4406,27; Kassienbestand M 21,78. Lokalkasse: Einnahme M 4278,85, Ausgabe M 782,95; Kassienbestand M 3495,93. Es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Ueber eine vor kurzem vorgenommene Revision der Bauten wurde berichtet, daß noch ziemlich viele Mißstände bestehen. Am Schluß waren die Verhältnisse bei einem Staatsbau (Olenide Brücke). Dasselbst waren Baubude und Abort unter aller Würde. Man sieht, wie Vater Staat für seine Arbeiter sorgt.

Querfurt. Am 20. Oktober (und jetzt erst Bericht?) Red. des „Grundstein“ hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die ebenso wie die vorhergehende sehr schlecht besucht war. Es waren von 180 Mitgliedern kaum 15 erschienen. Die Kollegen hatten es gar nicht für nötig, Versammlungen zu besuchen, sie rufen auf den Vorheren aus, die beim Streik errungen wurden. Die Kollegen wurden, daran erinnert, den Exzessbeitrag zu entrichten, wenn sie ihrer Rechte nicht verlustig werden wollten. Die vorgelegte Abrechnung vom dritten Quartal ergab einen Kassienbestand von M 149.

Senftenberg. Hier herrscht momentan eine außerordentlich gute Bautenkonjunktur. Die Kolonnenmagazine, die schon ziemlich den ganzen Boden in der Umgebung angekauft haben, vergrößern noch Jahr zu Jahr ihre Betriebe. Hauptächlich ist es die Ziegelei-Industrie, die größte in der Niederlausitz, die dieses Jahr eine weitere neue Fabrik baut. Wie feststelt, kommt zu der schon zur Hälfte fertiggestellten Brückfabrik eine weitere hinzu; ferner sollen ansehnlich 40 bis 50 Beamten- und Familienhäuser, eine Kirche, Schule, Kaufhaus und Restauration gebaut werden. Es ist also hier auf Jahre hinaus sichere Arbeit für die hiesigen Maurer vorhanden. Am Orte selbst gibt es sehr wenige Maurer, so daß Hunderte von außerhalb hier Beschäftigung finden und in Arbeit stehen. Dieses ist gerade jetzt zu konstatieren. Die Firma Subert & Ulrich aus Finsterwalde, die zur Zeit größere Familienhäuser in Arbeit hat, sucht in allen hiesigen Lokalfächern Maurer; sie annonciert sogar in Berliner Zeitungen. Daß der mittere Maurer hierher kommen, die auf dem niedrigen Niveau leben, ist begreiflich. Streikbrecher, Affordmänner, Untergangene, vom Verband ausgeschlossene usw. Ganze Trupps bereitwillige Elemente sind von Berlin, wo jetzt große Arbeitslosigkeit herrscht, hier zugereist. Ein Agent, namens Jäkel aus Reichenberg, hat annähernd 30 böhmische und tschechische Maurer herbeigeführt. Der Zweigvereinsvorstand hat in den letzten Wochen vollauf Arbeit gehabt, alles in Ordnung zu halten. Am letzten Montag waren hier mehrere Maurer, die sich nicht besuchten, der Organisation beigetreten, zugereist. Unsere Kollegen erklärten dem Unternehmer, daß sie mit uns organisierten nicht zusammenarbeiten und legten auf drei Stunden die Arbeit nieder, bis Remedur geschaffen wurde. Der Herr Ulrich nimmt hier einen sehr schroffen Standpunkt ein; er drohte mit Entlassung sämtlicher Maurer usw. Er glaubt, hier wirtschaften zu können, wie in Finsterwalde, wo er es fertig brachte, die Organisation zu hemmen und gelegentlich einer Verhandlung im Streik 1904 unserem Gauleiter Silberfeld die Tür zu weisen. Hier sind die Maurer sämtlich organisiert; der Zweigverein zählt jetzt 460 Mitglieder. Da wird sich Herr Ulrich doch bequemen müssen, eine andere Stellung den Kollegen gegenüber einzunehmen. Wir haben schon durch den „Grundstein“ berichtet, Verbandskollegen hier unterzubringen. Wer also von den Kollegen arbeitslos sein sollte, besetze die noch freien Stellen, damit es dem Geschieht nicht möglich ist, sich hier einzumischen. Der Stundenlohn beträgt 43 s. Am 1. April nächsten Jahres kauft unser Vertrag ab und wir stehen sodann vor einer neuen Lohnbewegung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Unternehmer in Gemeinschaft mit den Kolonnenbaronen, denen es gelungen ist, die Vergewaltigungstrotz so zu machen, versuchen werden, unsere gute Organisation zu unterdrücken. Wenn die Kollegen jedoch zahlreich die Versammlungen besuchen und auf der Wacht sind, werden sie auch allen etwaigen Kämpfen gegenüber gerüstet sein.

Werden i. S. Sonntag, den 27. Oktober, tagte unsere Mitgliederversammlung in der „Feuerkuhle“. Bevor in der Tagesordnung eingezeichnet wurde, ersuchte der Vertrauensmann die Kollegen, sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen

ausgeführt, daß sich die dort beschäftigten Arbeiter mehrfach an den Polizei und an den Meister wandten, indem sie auf die drohende Gefahr aufmerksam machten. Die beiden antworteten meist mit leeren Reden, geäußert wurde nichts. Schließlich ist dann eingetreten, was bei solcher Arbeit nicht ausbleiben konnte: eines Tages brach die ganze Geschichte kurz vor Feierabend zusammen. Einige Arbeiter retteten sich durch schleuniges Weiteilespringen, aber einige wurden doch von dem herniederbrechenden Gerüst getroffen, darunter auch der Polizei, der aber mit noch einem Arbeiter mit dem bloßen Sprechen davon kam. Zwei Arbeiter sind verletzt worden, davon einer, Gottfried, so schwer, daß man nicht weiß, ob er mit dem Leben davon kommen wird. — Wer hatte in diesem Falle nun die beste Einsicht in das, was zur ordnungsmäßigen Bauausführung notwendig ist, der Meister und sein Polizei, oder die Arbeiter?

*** Baumfall vor Gericht.** Vor der Strafkammer in Meiningen hatte sich der Maurermeister Karl Schleicher von Bernshausen und sein Techniker wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Er hatte im vorigen Jahre einen Fabrikbau in Hergeß-Vogtei auszuführen; der Techniker B. war ihm in der Leitung des Baues beigegeben. Am 11. Juni v. J. stürzte im dritten Stockwerk ein Teil frisch aufgeführten Mauerwerks und das Gerüst ein, wobei ein Maurer schwer verletzt wurde. Er erlitt einen Schädelbruch, einen Armbruch und eine schwere Rückenverletzung. Die Angeklagten behaupteten, daß ihr alles geschehen sei, um einen Unfall zu verhüten. Auch der Verunglückte selbst hat eine Ordnungswidrigkeit an der Unfallstelle nicht wahrgenommen. Der Unfall soll dadurch herbeigeführt worden sein, daß Mauerwerk gebrochen oder beseitigt worden seien und dadurch ein Teil des frischen Gemäuers mit dem gerade an dieser Stelle arbeitenden S. in die Tiefe stürzte. Zur Klärung der Sachlage waren drei Sachverständige geladen. Deren Aussagen gingen dahin, daß die Angeklagten Fehler bei den Schutzvorrichtungen begangen hätten. Der Staatsanwalt beantragte 150 Geldstrafe, und das Gericht erklärte auch demgemäß.

Aus anderen Berufen.

*** Die Steinarbeiter des Meißner Granitwerks** (Oswald Köhler, Meisen i. Sa.) sind seit 19 Wochen ausgebeert. Durch die unglaublichen Anstrengungen versucht Köhler, Arbeitskräfte in seinen Betrieb zu bekommen. Nach allen Himmelsrichtungen hat er seine Streikbrecheragenten geschickt. Bisher nur mit sehr wenig Erfolg. Jetzt wird vielfach das Gerücht verbreitet, die Ausbeutung sei beendet. Das ist nicht wahr! Köhler hat die von unparteiischer Seite angebotene Unterstützung strikte abgewiesen. Er will keine organisierten Arbeiter einstellen.

*** Der Streik der Töpfer in Berlin** ist beendet. Es ist nach längeren Verhandlungen zu einer Einigung gekommen, der voraussichtlich auch ein Tarifvertrag folgen wird. Die Arbeit ist am 4. November wieder aufgenommen worden.

*** An die Arbeiterfrauen** richtet sich ein Aufruf der Generalcommission, der zur Unterstützung der Handels-schlus gerichteten Bewegung auffordert. Diese Unterstützung soll darin bestehen, daß jeder Einkauf nach 8 Uhr Abends unterlassen wird und auch die Sonntagseinkäufe vermieden werden. In den Kaufmannsvereinen möge jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau auf die Durchführung des Acht-Uhr-Einkaufs und der Sonntagseinkäufe hinwirken — soweit diese Forderungen nicht bereits erfüllt sind — und im übrigen bei Einkäufen solche Kaufleute bevorzugen, die ihren Angestellten die Sonntagseinkäufe gewähren und den Acht-Uhr-Einkauf eingeführt haben.

Das ist eine leichte Art der Unterstützung, so daß man wohl erwarten kann, daß die Kollegen gern in diesem Sinne handeln werden.

*** Zentralherberge in Nürnberg.** Nach jahrelangen Bemühungen ist es den Nürnberger Gewerkschaften gelungen, eine Zentralherberge zu errichten. Das alte Patrizieranwesen „Zum historischen Hof“ wurde gepachtet und zu einer Zentralherberge und gemeinsamem Verkehrslokal der Gewerkschaften umgewandelt. Der „historische Hof“ wurde im Jahre 1500 erbaut und war seitdem im Besitze mehrerer alter Patriziergeschlechter, bis ihn die Neuzeit zu anderen Zwecken bestimmt hat. Am 24. Oktober wurde die Herberge dem Betrieb übergeben. Es sind vorläufig 60 Betten eingerichtet; die Bettenzahl kann auf das Doppelte erhöht werden. Die 60 Betten sind in 24 Schlafsalen und Einzelzimmern, die durchweg hell, luftig und geräumig sind, untergebracht. Die Herbergräume sind elektrisch beleuchtet. Die Bade- und Desinfektionseinrichtung kann erst im Januar in Betrieb genommen werden. Es ist deshalb vorläufig ein provisorisches Bad eingerichtet und Vorzüge getroffen, daß infizierte Kleider außerhalb der Herberge desinfiziert werden können. Der Preis für Uebernachten ist auf 40 Pf. festgesetzt, Wälder und Desinfektion der Kleider inbegriffen. Wenn sich die Anlage der Herberge mit einer neu errichteten auch nicht messen kann, so wurde doch versucht, ohne Rücksicht auf die sehr erheblichen Kosten, die Anstalt aufs modernste einzurichten.

Polizei und Gerichte.

*** Streiklinder freigesprochen.** Der Kollege Raita in Schneberg war vom dortigen Schöffengericht wegen Streikvergehens nach § 153 der Gewerbeordnung zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er im Juni v. J. während des damaligen Maurerstreiks gegen einen seiner Kollegen, der sich am Streik nicht beteiligte, sondern fortgearbeitet hatte, Drohungen und Belästigungen ausgeübt habe. Auf die von L. gegen das Schöffengericht eingelegte Berufung kam die Sache vor der Strafkammer des Landgerichts Weiden zur Verhandlung. Auf Grund des Ergebnisses der diesmaligen Beweisaufnahme wurde der Kollege freigesprochen.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer). Heft 5 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Prozeß Molke-Garden. — Der deutsche Imperialismus und die untreue Politik. Von Karl Emil. Löhns- und Arbeitsverhältnisse im Hausdienst. Von Wilhelm Kimmig. — Zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen. Von Gustav Hoch (Genua a. M.). — Literarische Rundschau: Franz Biegler, Landwehrmann Krille. Von Hermann Wendel. S. M. Hyndman. The unrest in India. Von K. K. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen.

Briefkasten.

*** Die Nummer 47 des „Grundstein“** muß des Auftrages wegen schon am Dienstag früh gedruckt werden. Die Verwaltungen der Zweigvereine bzw. Zahlstellen werden daher gebeten, notwendige Bekanntmachungen so früh abzugeben, daß sie spätestens am Montag mittag in unsere Hände gelangen.

*** Posternart, G. W.** Wir besitzen solche Rezepte nicht. Wenn dort ein erfahrener Zementierer ist, wende Dich an den, der wird Dir dienen können.

*** Saarnand, Frankensasse.** Die Anzeige kam zu spät. Die eingekommenen Karten werden der Zahlstelle zugeschrieben.

*** Wittenberg und Lauf.** Anzeige kam zu spät.

*** Mannheim, S.** Wir mußten den Bericht zurückstellen. In der nächsten Nummer kommt er bestimmt zum Ausdruck.

*** Einand, Schriftführer.** Brauchbare Berichte werden immer so abgedruckt, wie sie geschrieben werden. Wenn Berichte von dort wesentlich gestrichen wurden, so ist das ein Beweis dafür, daß darin viel überflüssiges Zeug enthalten war.

*** Glabbert, L. S.** Lieber Freund, warum schreibst Du das Wort „Kollegen“ nie aus? Wir müssen das immer nachholen, in manchen Berichten zwanzigmal. Du bist es freilich nicht allein, die Mehrheit der berichtenden Kollegen hat diese Gewohnheit; das sollte aber einmal aufhören.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beilei kostet 15 A.)

Chemnitz. Am 1. November starb plötzlich unser Verbandskollege **Friedrich Mehnert** im Alter von 44 Jahren.

Dresden. Am 27. Oktober starb unser Verbandsmitglied **Richard Kreische** aus Klotzsche im Alter von 29 Jahren an Drüsenvergiftung.

Gera. Am 31. Oktober starb nach langem Leiden unser treuer Kollege **Karl Scharsig** im Alter von 55 Jahren.

Heidelberg. Am 29. Oktober starb unser Kollege **Fritz Wehrle** im Alter von 35 Jahren an Lungenentzündung.

Mannheim. Am 1. November verschied der Kollege **Daniel Hamm** im Alter von 62 Jahren. Auf dem Wege zur Arbeitsstelle wurde er bei nebligem Wetter beim Ueberqueren des Bahnhofs vom Zuge erfasst und starb an den erlittenen Verletzungen.

Mannheim-Neuheim. Am 1. November starb unser treuer Verbandskollege **Gg. Mandel XVI** nach kurzem Krankenlager an Magen- und Darmkatarrh mit Darmverblut im Alter von 28 Jahren.

Merano. Am 23. Oktober starb nach langem Leiden unser erster Vorsteher, Kollege **Richard Horn**, im Alter von 38 Jahren an Magenkrebs.

Langelsheim. Am 1. November starb unser Kollege **Herm. Quante** im Alter von 28 Jahren an Nerven Schlag.

Regensburg. Am 29. Oktober starb unser treuer Kollege **Johann Meierhofer** im Alter von 28 Jahren an Lungenleiden.

Spandau. Am 31. Oktober starb nach langem Leiden unser Kollege **Fritz Koburg** im 51. Lebensjahre.

Verden. Am 25. Oktober starb nach schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege **Franz Pfeifer** im 57. Lebensjahre an der Prostatierkrankheit.

Wiesbaden. Am 27. Oktober starb nach langem Krankenlager unser treuer Verbandskollege **August Siebermann** aus Erbenheim im Alter von 31 Jahren an Krebsleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Antonienhütte.

Der Vorsitzende des Zweigvereins wohnt jetzt Neuborf-Minerbafel Nr. 1 bei Herrn Mohl. [M. 1,50] Der Vorstand.

Halberstadt.

Die Adresse des Kassierers ist jetzt: **Karl Schulze**, Seidenbeutel Nr. 16, 1. Et. [1,20] Der Vorstand.

Limbach i. S.

Den Kollegen zur Mitteilung, daß alle An- und Abmeldungen bei dem Kollegen **Hermann Lohse**, Karlsruh. 12, im Ginterhaus, zu erfolgen haben. [M. 1,50] Der Vorstand.

Kollegen, denen der Aufenthalt des Kollegen **Karl Fritz**, geb. am 1. März 1882 zu Krenbfe, eingetretten am 26. Juni 1902 zu Stendal, Verb.-Nr. 41504, bekannt ist, werden ersucht, die Adresse sofort an den Zweigvereinsvorsitzenden zu Stendal gelangen zu lassen. [M. 1,50]

Der Kollege **Otto Schipper**, geboren in Neuhaus, wird gebeten, seine Adresse an **Ad. Hellmold** in Tesperhude a. d. E. mitzuteilen. Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist, wollen ebenfalls nach dort Mitteilung machen. [M. 1,20]

Der Kollege **Max Dorn** aus Seibronn wird gebeten, seiner Mutter zu schreiben, Kollegen, die mit ihm zusammenkommen, wollen ihn hierauf aufmerksam machen. [M. 1,20]

Hemer.

Das Stiftungsfest findet besonderer Umstände halber nicht am 10. sondern am 17. November statt. [M. 1,50] Der Vorstand.

Templin.

Sonnabend den 16. November, Abends 8 Uhr: **Achtes Stiftungsfest** im Lokale des Herrn Korolla.

Sämtliche Kollegen von Templin und Umgebung werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Das Sekretariat.

Blankenburg a. Harz.

Sonntag, den 17. November, Abends 7 Uhr: **Zwanzigstes Stiftungsfest** im Restaurant „Vorwärts“.

Die Kollegen von Blankenburg und Umgebung sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

Zechau.

Sonntag, den 10. November, Nachm. 4 Uhr: **Herbstvergnügen** bestehend in Ball, im Gasthof Zechau.

Alle unsere Kollegen und die der umliegenden Zweigvereine werden hierzu eingeladen. [M. 3] Das Sekretariat.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandssitzungen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 10. November.

Delitzsch. Nachm. 3 Uhr im „Rindensch“. **Gransse.** Nachm. 3 Uhr im Lokale von Frau Frank. Referent kommt. **Vietz a. d. Ostb.** Nachm. 3 Uhr. **Würzburg.** Vorm. 10 Uhr in der „Weißen Glode“.

Dienstag, den 12. November.

Berlin. Norden 1 u. II und Pantow in den „Berolina-Gehäusen“, Schönbühler Allee 28. **Wien.** 1. u. II in den „Germania-Gehäusen“, Chaussee 110. **Osten 1 u. II und Wobesche in „Grans“** Prachtlokal des Ostens, Kronprinzen Allee 161-162. **Stettin.** Schloß und Südwest in „Sandsack“, Rottbuhlerstr. 1a. **Regen.** Schloßberg, Stadt, Friedland, Schmaragd- und Zeimersdorf bei Ost. Weiningerstraße. **Nürnberg bei Ziel.** Bergstr. 161-162. **Charlottenburg** im Volkshaus, Rottbuhlerstr. 3. **Wien.** 1. u. II in den „Berolina-Gehäusen“, Chaussee 110. **Wien.** 1. u. II in den „Berolina-Gehäusen“, Chaussee 110. **Wien.** 1. u. II in den „Berolina-Gehäusen“, Chaussee 110. **Wien.** 1. u. II in den „Berolina-Gehäusen“, Chaussee 110.

Das Thema lautet in allen Versammlungen:

„Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und unsere Aufgaben für die Zukunft.“

In vielen Versammlungen sind ganz besonders die Kollegen aus der Provinz, die in Berlin arbeiten, eingeladen.

Schmölln. Nachm. 6 Uhr im „Rindensch“. L.-O.: Abrechnung.

Mittwoch, den 13. November.

Visselhövede. Gausvorsitzender anwesend. Mitgliebsdächer sind mitzubringen.

Freitag, den 15. November.

Berlin-Reinickendorf. Abends 8 Uhr im Restaurant Ost. Knebel, Hauptstr. 61. L.-O.: 1. Vortrag der Kollegen Otto Knebel über: „Der natürliche Arbeitslohn“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonnabend, den 16. November.

Aken. Abends 8 1/2 Uhr. **Bergedorf.** Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Otto Wanne, St. Petersburg. **Colditz.** Abends 8 Uhr im Restaurant „Cambrinus“. Mitgliebsdächer sind mitzubringen.

Sonntag, den 17. November.

Jessen. Nachm. 3 Uhr bei Ernst Müller, Schloßweg. L.-O.: Vorstandsbuch. **Schöneberg a. d. Weichsel.** Nachm. 1 Uhr bei Herrn Rudolph in der Knebelstr. L.-O.: 1. Festlegung unserer Lohnforderung für 1908. 2. Verschiedenes.

Zentral-Krankenhalle der Maurer usw.

Sonntag, den 10. November.

Berlin. Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Engel-Allee 16. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Kassen- und Rechnungsbericht. 3. Verschiedenes. Mitgliebsdächer legitimiert.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Rier & Co. in Hamburg.